

Dienstag, 5. Dezember 2023

Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Franz Sepp Caluori
Protokollführer:	Gian-Reto Meier-Gort
Präsenz:	anwesend 115 Mitglieder entschuldigt: Danuser (Chur), Heini, Kasper, Salis, Schutz
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

Standespräsident Caluori: Bevor wir mit dem Arbeitsplan weiterfahren, habe ich noch ein paar Informationen. Als erstes möchte ich die Klasse FaBe Kinder 22b der BGS auf der Tribüne begrüßen. Dann habe ich noch eine Information betreffend die Schleuse beim Ausgang. Wenn nach Arbeitsende die Einbruchmeldeanlage wieder aktiviert wird, müssen Sie die Taste Türöffnung drücken, damit sich die Schiebetüre öffnet. Das haben fast alle gemerkt, welche etwas später aus dem Gebäude wollen. Nun ist es aber wiederholt vorgekommen, dass nicht der Türöffner, sondern der Notöffner gedrückt wurde. Der Notöffner ist der grüne Knopf mit dem roten Licht. Also, falls Sie später aus dem Gebäude gehen und sich die Schiebetüre nicht automatisch öffnet, drücken Sie bitte die Taste Türöffner und nicht den grünen Notöffner, ansonsten Sie jedes Mal einen Einsatz der Stadtpolizei auslösen. Vielen Dank. Dann möchte ich noch Regierungsrätin Carmelia Maissen für heute entschuldigen. Aufgrund eines Todesfalles wird sie an einer Beerdigung teilnehmen. Sie wird wahrscheinlich im Laufe des Nachmittags wieder zu uns stossen. Dann fahren wir mit Punkt 5 Steuerfüsse bei der allgemeinen Diskussion weiter. Ich gebe Grossrat Föhn das Wort.

Budget 2024, Finanzplan 2025-2027 und Jahresprogramm 2024 des Kantons Graubünden (Fortsetzung)

Budget 2024 (Budget-Botschaft 2024, S. 65 ff.)

Detailberatung (Fortsetzung)

Bericht der Regierung (Budget-Botschaft 2024, S. 65 ff.)

5 Steuerfüsse (Fortsetzung)

Föhn: Auf das vorliegende Budget können wir stolz sein. Die Regierung, den Amtsleitungen und den Mitarbeiten-

den können wir ein grosses Kompliment aussprechen. Für uns als Volksvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist eine Steuerfussenkung viel einfacher zu erklären, als in fünf oder zehn Jahren eine Steuerfusserhöhung zu argumentieren. Ich möchte ein paar Argumente von unserem Finanzminister, Regierungsrat Bühler, aufgreifen und Sie nochmals auf die grössten Veränderungen der nächsten Jahre hinweisen. Das Finanzdepartement erwartet beim interkantonalen Finanzausgleich eine Ertragsminderung bis 2026 von rund 80 Millionen Franken. Heute erhalten wir 130 Millionen Franken und ab 2026 sind es nur noch 50 Millionen Franken, wie Sie selber im Budget ab Seite 120 nachlesen können. Von der Schweizerischen Nationalbank erhielten wir im 2022 rund 90 Millionen Franken und im 2024 erwarten wir 0 Franken. Und ab 2025 sind im Finanzplan nur noch 30 Millionen Franken pro Jahr eingestellt. Weiter erwartet das Finanzdepartement bei der Grundstückgewinnsteuer jedes Jahr rund 5 Millionen Franken weniger. Im Jahre 2022 hatten wir eine Steigerung von 50 auf 85 Millionen Franken. Das sind nur die grössten Abweichungen in die negative Richtung. Wir dürfen diese Zahlen mit diesen riesigen Minusbeträgen nicht ausser Acht lassen. Sie sehen, wir gehen einigen Unsicherheiten entgegen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen noch einen neuen Punkt vor Augen führen, nämlich das im Vernehmlassungsprozess stehende Schulgesetz. Es verursacht wieder neue Ausgaben. Wir behandeln es nächstes Jahr. So wie die Vernehmlassung jetzt vorliegt, kostet es unsere Gemeinde Landquart mit 1000 Schülerinnen und Schülern je nach Ausgang der Revision zwischen 300 000 Franken und 1 Million Franken zusätzlich pro Jahr. Für Ihre Gemeinde können Sie es auch ausrechnen. Das macht insgesamt für alle Gemeindeschulen mit den 18 000 Schülerinnen und Schülern total 6 bis 20 Millionen Franken zusätzliche Mehrkosten. Über dieses Schulgesetz werden wir noch grössere Diskussionen führen. Jedenfalls wäre es einfacher umsetzbar, wenn der Kanton den grösseren Teil der Mehrkosten übernehmen könnte und wir diese Ausgaben heute schon im Finanzplan einstellen.

Wir von der Geschäftsprüfungskommission stehen hinter dem Antrag der Regierung mit einer Steuerfussenkung von fünf Prozent. Das weist Mindereinnahmen von

32 Millionen Franken auf. Von dieser Senkung sind die Gemeinden nicht betroffen. Steuerentlastungen von Familien und Erwerbstätigen, wie es der Auftrag von Kollege Hohl erfordert, will die Regierung mit der Steuergesetzrevision im kommenden Jahr auch angehen. Wir von der Geschäftsprüfungskommission sind für die vorgeschlagene Steuerfuss-senkung von fünf Prozent und sind überzeugt, dass diese fünf Prozent jetzt der richtige Weg ist. Für Ihre Aufmerksamkeit danke ich Ihnen, geschätzte Damen und Herren, und stimmen Sie mit der GPK für die fünf Prozent Senkung.

Oesch: Als bürgerliche Politikerin unterstütze ich eine Senkung des Steuerfusses selbstverständlich. Ich bin der festen Überzeugung, dass es unsere Pflicht ist, dafür zu sorgen, dass der Staat nicht mehr Geld einnimmt als er für seine Aufgaben benötigt. Wenn Grossrat Bachmann gestern die grünen Banknoten hochhält, zeigt er schön, wer wieviel zu viel bezahlt hat. Ja, Hammer hat eben sehr viel mehr zu viel bezahlt als Amboss. Eine verantwortungsvolle Haushaltsführung ist entscheidend, um die finanzielle Gesundheit unseres Kantons zu erhalten. Aktuell, respektive in den letzten Jahren nimmt der Kanton massiv mehr Steuern ein als benötigt wurde. Dies ist jetzt zu korrigieren, weshalb der Steuerfuss offensichtlich gesenkt werden muss. Die Gretchen-Frage ist nur, um wieviel Prozent? Die geplante Steuergesetzrevision, die im kommenden Frühjahr in die Vernehmlassung geht und im 2026 in Kraft treten soll, bietet uns die Gelegenheit, die Steuern gezielt für Familien und Fachkräfte zu senken. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und den Kanton als attraktiven Wohn- und Arbeitsort zu erhalten. Es braucht deshalb noch etwas finanzielle Reserven, damit wir gezielt und substanziell Steuererleichterungen zu Gunsten von Fachkräften und Familien vornehmen können. Unsere Wirtschaft braucht diese Fachkräfte und wir stehen im Steuerwettbewerb zu den anderen Kantonen. Es ist Zeit, dass Graubünden nicht nur wegen der Berge und dem Schnee attraktiv ist, sondern auch in Bezug auf die Steuern für die erwerbstätige Bevölkerung.

Die allgemeine Senkung des Steuersatzes kommt nicht gezielt Fachkräften und Familien zugute. Mir scheint, dass Grossrat Perl vor allem die Familien entlasten möchte. Dies ist aber nur die Hälfte des verabschiedeten Auftrags Hohl. Für die Fachkräfte scheint keine Entlastung erwünscht zu sein. Für den Kanton Graubünden ist es aber wesentlich, dass wir die Erwerbstätigkeit in Graubünden attraktiv machen. Der Arbeitskräftemangel lässt grüssen. Graubünden braucht Mut für eine steuerliche Charmeoﬀensive. Diese ist mit einer bescheidenen Senkung von fünf Prozent des Steuerfusses nicht ausreichend. Wenn mit Angst argumentiert wird, wie dies von verschiedenen Seiten getan wird, ist Graubünden auch nicht attraktiv. Ich habe Vertrauen in die Bündner Wirtschaft, welche dank genügend Fachkräften wachsen kann. Ich verstehe, dass einige Grossrätinnen und Grossräte eine Senkung des Steuerfusses von zehn Prozent bevorzugen würden. Damit würden wir aber unsere Handlungsmöglichkeiten bezüglich gezielter Steuererleichterungen einschränken. Wir müssen dafür sorgen,

dass unser Staat finanziell handlungsfähig bleibt und die öffentlichen Dienstleistungen aufrechterhalten werden können. Mit einer moderaten Senkung des Steuerfusses um sieben Prozent können wir diesen Balanceakt schaffen. So erhalten diejenigen, die bisher zu viel bezahlt haben, das zurück, was sie zu viel bezahlt haben. Sollte es sich zeigen, dass der Staat auch nach der Revision des Steuergesetzes immer noch zu viel einnimmt, können wir selbstverständlich eine weitere Senkung des Steuerfusses beschliessen. Die Zeit drängt meines Erachtens aber nicht so sehr, dass wir den Steuerfuss sofort um zehn Prozent senken müssten. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Steuersenkung um sieben Prozent zu unterstützen und damit den Weg für eine erfolgreiche und nachhaltige finanzielle Zukunft unseres Kantons zu ebnen.

Kreiliger: Jue less buc prolunghir la discussiun artificialmein. Jeu less era buc dar cheu il grond politicher da finanzas, denton crei jeu ch'ei ha in punct ch'ei buc vegnius dilucidaus avunda. Per mei ei il sbassament dil pei da taglia buca ina strategia da finanzas coherent. Buca mo perquei che la Regenza ha menziunau avon in onn: «Generelle flächendeckende Steuersenkungen sind zurzeit nicht angezeigt.» Quei ha ella scret ella risposta silla incarica Hohl igl october 2022, also biebein avon 1 onn. Ed ussa ha ella midau sin: «Zu viel bezahlte Gelder zurückgeben.» La problematica centrala ei tenor miu manegiar, ch'ei va ussa per quei da sminuir quella gronda reserva che nus vein – ina reserva da gleiti ina milliarda francs. La reserva ei limitada, quella ei definada. Aber sbassar il pei da taglia ei ina mesira ch'ei buc limitada. Igl ei vegniu punctuau pliras ga, che quella mesira ei strusch pli da volver en tschella direcziun. Ensasez preved'ins ussa – cun sbassar il pei da taglia – dallas pusseivladads dil futur dad entradas, ch'ins drova forse el futur ni sco igl ei skizzau el plan da finanzas ch'ins drova plitost segir el futur. Ed il problem central ei: Nus tschintschein adina cun plaids da «forsa». E negin fida pli al preventiv. Nus cusseglier guvernativ Bühler, Nus veis skizzau ussa el preventiv 2024 bia mesiras, co il preventiv vegni pli exacts. Sco, cun tgei mesiras che Nus leis far pli exacts il preventiv. Denton tuttina: En sasez fida negin pli al preventiv, era il plan da finanzas cullas neblas grischas vegn plitost – gie, bunamein – cun in surrir vegn quel prius encounter da fetg bia votantas e votants. La fidonza ella planisaziun ei buc cheu. E sch'ins mira la situaziun actuala economica, eisi gie propi buc detg che la conjunctura dils davos onns continuescha. E quei vegn ad esser stau il motiv che nus havein tontas entradas. Buca mo la Credit Suisse relai ina massa conlupers, era ella branscha da segiradas datti relaschadas grondas pil mument giun la Bassa. Il colaps dil Signa conglomerat cul Globus san ins buc aunc, tgei consequenzas che quel ha. Ed ils prezis d'energia restan aults e sin nus spetgan gronds custs pil provediment da sanadad. En quei senn fuss per mei: gl'emprem ir sur ils cudischs en favur dalla disciplina, dalla verdeivladad digl instrument da planisaziun dil preventiv, avon che far – ed ussa capeschon probabel quels da lungatg tudestg era mei – avon che far la «Giesskanne». Perquei ei mia damonda aunc ina ga il cusseglier guvernativ Martin

Bühler: Co san ins far il preventiv pli exacts? Ei la vea cheu da planisar, aschia ch'il preventiv survegni ina verdeivladad. Perquei che senza in preventiv ch'ins sa haver fidonza ei ina sbassada dil pei da taglia in pass el vit. E perquei crei jeu ch'i seigi prudent da buc sbassar il pei da taglia pli bia che per 5 procent.

Es geht nicht darum, die genauen Massnahmen. Aber Sie wissen, dass die Abweichungen gross waren und es geht darum, können wir. Sie haben auch eine grosse Glaubwürdigkeit übrigens, aber es geht immer nur um Glaubwürdigkeit, und das Budget ist natürlich klar nicht etwas Genaues, das haben Sie auch gesagt, aber wir müssen uns darauf verlassen können für die Entscheide.

Wieland: Ich höre hier im Saal immer wieder, wie schwierig es ist, die Steuern zu erhöhen, wenn wir sie zu stark senken. Ich erinnere mich zurück an Regierungsrat Martin Schmid, das ist bereits der vierte Finanzdirektor, den ich erlebe, wie wir damals die Steuern senken wollten und er explizit darauf hinwies, dass es unmöglich sei, die Steuern zu senken und wenn dann überhaupt nur befristet. Also Sie sehen, bereits 2010 diskutierten wir darüber, und es ist der Regierung immer wieder gelungen, uns davon zu überzeugen, dass die Steuern so belassen werden müssen, wie sie jetzt sind. Und jetzt kommt endlich ein Finanzdirektor, der notabene aus der Verwaltung kommt, der uns eine Steuersenkung offeriert. Er offeriert fünf Prozent. Ich bin überzeugt, dass zehn Prozent durchaus auch drinliegen und dass wir dies unbedingt den Steuerzahlern zurückgeben müssen, denn in Anbetracht der hohen, wirklich sehr hohen Finanzen, die der Kanton inzwischen angehäuft hat, ist es durchaus vertretbar, auch die Steuern zu senken. Und ich kann Ihnen versichern, seit 14 Jahren versuchen wir dies. Es wird auch in 14 Jahren möglich sein, die Steuern wieder zu erhöhen, wenn es nötig sein wird. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie der Steuersenkung um zehn Prozent zustimmen und damit dem Bürger das zurückgeben, was zu viel eingezogen wurde.

Epp: Die Kantonsfinanzen sehen im Moment wirklich sehr gut aus. Wichtig ist aber auch, dass der Finanzhaushalt in Zukunft im Gleichgewicht bleibt und künftig wird es finanziell sicherlich nicht einfacher werden. Das ist gewiss. Gemäss Finanzplan nämlich müssten wir bereits im Jahr 2025 auf das Eigenkapital wegen den resultierenden Aufwandüberschüssen zurückgreifen. Ausserdem wissen wir nicht, wie sich die Kosten gerade im Gesundheitswesen, Stichwort Spitalfinanzierung, und in der Bildung, anstehendes Schulgesetz, Kollege Föhn hat es bereits erwähnt, in Zukunft genau entwickeln werden. Dafür oder für anderweitige Konjunkturmassnahmen soll eine Finanzreserve unbedingt vorhanden sein. Entsprechend reicht eine Steuerreduktion im Sinne eines Giesskannenprinzips von fünf Prozent völlig aus und ist in dieser Grössenordnung sicherlich auch vernünftig. Denn der Auftrag Hohl zielt eigentlich auf die steuerliche Entlastung für Familien und potenzielle Fachkräfte ab, um die Attraktivität für diese Zielgruppen konkret zu stärken. Und genau das finde ich, obwohl ich Präsident einer Gemeinde bin, am Auftrag und den vorgesehenen Massnahmen für den zweiten Schritt gut. Man stärkt mit

gezielten Massnahmen und einer klaren Strategie die Attraktivität beziehungsweise die Rahmenbedingungen für Familien und Fachkräfte, denn genau diese Familien und Fachkräfte, wie im Auftrag Hohl beschrieben, brauchen wir gerade in Anbetracht der Überalterung, der schleichenden Entvölkerung und dem in Zukunft noch verschärften Fachkräftemangel mehr denn je, insbesondere auch in den Regionen unseres Kantons. So soll das vorhandene finanzielle Potenzial vor allem für den zweiten Schritt reserviert sein. Gezielt überlegt und vor allem sollen diese Massnahmen spezifische Wirkungen erzielen. Das erreichen wir insbesondere mit der Revision des Steuergesetzes und nur sehr bedingt mit einer allgemeinen Reduktion des Steuerfusses. Darum bitte ich Sie, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, unterstützen Sie den Vorschlag, den Steuerfuss um fünf Prozent zu senken. Weniger geht nicht, aber bitte auch nicht mehr.

Rageth: Ich möchte nur kurz auf das Votum von Grossrat Schneider eingehen, der gestern Abend kurz vor Feierabend noch freundliche Grüsse an die GLP gerichtet hat. Insbesondere zu den beiden Aussagen, dass die GLP immer mehr Geld für den Green Deal fordert und andererseits, dass das Vorgehen der GLP betreffend kurzfristige Einbringung nicht seriös sei. Zuerst mehr Geldforderungen betreffend Green Deal. Was wir seit über einem Jahr fordern, Kollege Schneider, ist nicht mehr Geld, sondern eine Beschleunigung des Green Deals. Vielleicht haben Sie uns nicht zugehört oder unsere Vorstösse nicht gelesen. Wir wollen möglichst schnell über die zweite Etappe vom Green Deal debattieren und hoffen, dass dies bald soweit ist. Zweitens, die Finanzierung des Green Deals muss nicht ausschliesslich aus Staatsmitteln und bestehenden Steuergeldern finanziert sein. Wir sind gespannt darauf, was Ihr dafür zuständiger Regierungsrat uns hoffentlich in Kürze präsentieren wird. Drittens, Sie nehmen für sich in Anspruch, dass Sie als Mitte-Partei die Weisheit mit Löffeln gegessen haben. Doch ich muss Ihnen sagen, Sie haben zwar die Mehrheit in der Regierung, aber Sie haben nicht den Anspruch auf die einzige Weisheit. Und viertens, geschätzter Grossrat Schneider, Sie haben uns vorgeworfen, dass es nicht seriös sei, dass Sie in der Fraktion die von uns vorgebrachten sieben Prozent nicht vordiskutieren konnten. Bitte gewöhnen Sie sich daran. Wir bei der GLP, im Gegensatz, wie Sie durchblicken lassen, zu Ihrer Fraktion, wir haben den Mut, unsere Fraktionsmeinung auch von der Ratsdebatte beeinflussen zu lassen. Dieser Mut scheint Ihnen zu fehlen. Ich wünsche mir etwas mehr geistige Flexibilität. Zumal unser Vorschlag, unser Vorschlag lag plus/minus in der Mitte von der minimalen Variante fünf Prozent und Maximalvariante zehn Prozent. Und diese beiden Vorschläge konnten Sie vordiskutieren. Entsprechend, das haben wir auch so deklariert, war unser Vorschlag, oder ist er immer noch, ein Kompromiss zwischen zwei Varianten, die Sie diskutieren konnten. Dann noch ganz kurz zur Aussage von Grossrat Kreiliger, dass wir uns grösserer Einnahmen berauben. Ist es nicht umgekehrt, dass wir die Bevölkerung berauben, wenn wir über die Jahre so hohe Gewinne ausweisen? In diesem Sinne bitte ich Sie, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, nochmals unserem

Kompromiss einer Steuerfusssenkung von sieben Prozent zuzustimmen.

Rüegg: Kollege Hohl hat gestern eindrucksvoll ausgeführt, vor welchem Hintergrund wir diese Debatte um eine Steuerfusssenkung führen. Es ist das überhöht angehäuften Eigenkapital, das hier die Grundlage bildet. Und wenn ich einige Voten ein bisschen kommentieren darf, dann, zum ersten, ist es der Kollege Bachmann mit seiner plakativen Darstellung, wie das Geld zurückfliessen wird, muss ich ihm erklären, dieses Phänomen nennt man Progression und wird auch bei der Erhebung der Steuer angewendet und zeigt eindrucksvoll auf, wie das Geld angehäuften wurde. Auch da, dieses Votum von Kollege Rageth auf Kreiliger, dass hier eigentlich eine überhöhte Entnahme aus dem Volk stattfindet und wir nicht entgangene oder uns gehen nicht Gewinne verloren. Herr Bachmann, wir können gerne im zweiten Teil der Steuergesetzrevision vielleicht über die Progression diskutieren, aber ich glaube nicht, dass es im Sinne der SP ist, dass wir diese Büchse öffnen. Dann aber auch noch, wie plakativ die 50 Franken, wie wenig dass das ist, hochgehalten wurden. Es gibt Einkommensgruppen, die sehr wohl Ende Monat jeden einzelnen Franken anschauen, der mehr oder weniger auf dem Lohnblatt ist. Und da gehören die der Quellensteuer Unterliegenden halt eben dazu und da sind Klein- und Kleinstbeträge sehr wertvoll, wenn die wieder zurückfliessen ins System.

Dann zu den Kollegen Schneider und Bettinaglio. Ich finde noch spannend diese Darlegung, dass der Steuerfuss eine gewisse Konsistenz aufweisen muss und über eine gewisse Zeit lang angewendet werden soll. Im gleichen Satz sagt er dann aber auch, wenn wir dann sehen, dass bei der Umsetzung der zweiten Phase vom Auftrag Hohl, kann man dann durchaus noch einmal eine Sistierung vornehmen. Und da sehe ich jetzt, das kann man umgekehrt machen, wir können die Steuern jetzt senken, Kollege Wieland hat es sehr gut ausgeführt, und wir sind dann in der Lage, dann die Erhöhung auch dementsprechend zu kommunizieren, wenn es dann sein muss. Kollege Bettinaglio hat auch gesagt, dass vielleicht nicht umsonst der gültige Steuerfuss 16 Jahre Gültigkeit hatte. Aber es sind genau diese 16 Jahre, die dazu geführt haben, dass wir so ein Eigenkapital angehäuften haben und jetzt überhaupt über diese Steuerfusssenkung diskutieren müssen. Und wenn wir über die Steuerfusssenkung diskutieren müssen, ist es auch nicht fünf, nicht sieben, sondern sind es die zehn Prozent, damit wir wirklich substanziell etwas zurück ins System zurückführen, dort wo es entnommen wird und dort wo es auch verwendet wird. Also wir haben hier brachliegendes Kapital, das uns nichts nützt, und es nützt nur dann etwas, wenn es im Kreislauf ist, und wir geben es denen zurück, denen wir es entnommen haben.

Ich erinnere auch noch an die Steuerdebatte 2019 im Rahmen der STAF-Debatte. Da kam aus den SP-Kreisen das Wort: «Bei einer Senkung lassen wir den Kanton ausbluten». Das Zitat «ausbluten» war damals das Wort von Kollege Schwärzel und wir haben heute Morgen gehört, wir dürfen stolz sein auf das Budget, das der Kanton vorlegt. Wir sind heute sogar in der Lage, dass wir ab dem Tropf von dem nationalen Finanzausgleich

langsam wegkommen, was ja eigentlich das Ziel sein sollte. Aber bis dahin haben wir einige Hausaufgaben zu erledigen, und zwar das Eigenkapital abzubauen, das zu viel eingezogene Steuergeld den Steuerzahlern wieder zurückführen, damit etwas geschieht in diesem Kanton und der weiterkommt. Es war heute von Steuercharmeoffensive die Rede. Das muss man nicht so verpacken, sondern man muss einfach ganz klar den Leuten das Geld zurückgeben, denen man es zu viel weggenommen hat. Deshalb unterstützen Sie den Antrag der FDP mit zehn Prozent Steuersenkung.

Koch: Erlauben Sie mir als einer, der jetzt seit 14 Jahren in diesem Rat ist, insbesondere etwas zur Vergangenheit zu sagen. Wir haben es einleitend von meinem Fraktionskollegen Dürler gehört. Seit 14 Jahren fordert die SVP jedes Jahr eine Steuersenkung. Jedes Jahr. Immer wieder sind wir mit diesem Thema gekommen. Früher Grossrat Ernst Nigg selig, später Andrea Davaz, dann durfte ich diese Rolle übernehmen, jetzt Heinz Dürler. Immer wieder haben wir dieses Thema gebracht. Und jetzt will man uns hier sagen, machen wir doch eine kleine Steuersenkung, und es wurde sogar von diesen Personen Schneider, Heini etc. erwähnt, dass eigentlich mehr drinliegen würde. Aber machen wir einen ersten Schritt und dann vielleicht in zwei, drei Jahren einen zweiten Schritt. Es tut mir leid, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube nicht mehr daran. Seit 14 Jahren haben wir genau das versucht, und ich glaube nicht, dass wir den Mut haben werden, in zwei oder drei Jahren nochmals nach unten zu korrigieren. Und da habe ich im Moment eben lieber jetzt die zehn Prozent und kümmerge mich dann in der zweiten Stufe darum, was möglich ist, was drin liegt, und was sinnvoll ist, und bin dann aber auch bereit, über Anpassungen zu diskutieren.

Aber wenn ich heute sehe, wie die Regierung die Budgetbotschaft vorgestellt hat und welche Grundlagen da teilweise verwendet wurden. Wenn wir die nicht-strukturellen Gewinne anschauen, so sind die Prognosen doch extrem düster ausgelegt. Wir gehen davon aus, dass die Grundstückgewinnsteuer massiv zurückgehen wird. Wenn wir dem aber die Entwicklung der Grundstückspreise der letzten Jahre darüberlegen und wenn wir die Entwicklung der Handänderungen im Kanton Graubünden darüberlegen, dann sehen wir, dass das einfach nicht realistisch ist. Und wenn wir nur schon die Grafik der Regierung anschauen, dann hat die die letzten zehn Jahren so gezeigt und jetzt geht man einfach nicht in der Prognose so weiter, sondern geht davon aus, sie geht einfach runter. Weshalb? Die Quellen sind nicht nachvollziehbar, wenn Sie sich den Markt anschauen, nicht nachvollziehbar. Das gleiche bei der SNB. Wenn wir uns die SNB-Gewinnausschüttungen anschauen und anschauen, was die SNB an Bilanz zugelegt hat in den letzten 15 Jahren, dann ist die Prognose nicht sehr realistisch. Dann müssen wir einfach auch dieser Wahrheit ins Auge schauen und da haben wir wahrscheinlich eben dann wieder grosse Abweichung zwischen Budget und Rechnung, die wir dann wieder erleben werden und uns wieder wundern werden, warum wir nicht mehr Gewicht auf diese eben nicht-strukturellen Gewinne gelegt haben.

Und dann etwas, das mich gestern aber, Herr Kollege Bachmann, das hat mich dann wirklich gereizt, doch noch das Wort zu ergreifen. Wenn Sie uns vorwerfen, dass die SVP sich eben nicht für ihr Klientel einsetzt, dass wir immer behaupten, wir setzen uns für den kleinen Mann oder die kleine Frau ein, da eben jeder Franken zählt. Und Ihr Beispiel finde ich dann eben doch ein bisschen ein Hohn mit den 50 Franken. Denn ich kann Ihnen sagen, aus meinem Alltag, wir haben gut 80 Prozent der Belegschaft, die quellenbesteuert sind. Das ist eine Tatsache im Baugewerbe. Da kommen Sie nicht drum herum. Ich diskutiere aber immer wieder über die Tarife der Quellensteuer. Und diese ändern eben alle 50 Franken. Also wenn ich morgen einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter 50 Franken mehr Lohn gebe, dann ändert dies dessen Quellensteuertarif. Und die merken, dass der 0,5 Prozent grösser wird. Das sind zwar 2 Franken, aber sie merken das. Und um das geht es. Wenn ich diesen Personen hier 50 Franken zurückgeben kann, dann haben wir eine Wirkung im Ziel. Und es sind zwar nur 50 Franken, aber wir erreichen etwas bei diesen Personen. Bei der Person, die 6000 Franken gezahlt hat, da müssen wir in Relation setzen, wenn ich 6000 Franken spare, was habe ich noch alles finanziert mit dem Restbetrag? Da sind wir in einer hohen sechsstelligen Summe, die diese Person an Steuersubstrat abgeliefert hat in diesem Kanton, in den Gemeinden. Damit können Sie sehr, sehr viel bewirken mit diesem Geld. Und ja, diese Person hat dann eben auch die 6000 Franken im gleichen Verhältnis wieder zugute. Und ich glaube, das ist richtig, weil so setzen wir uns eben für den kleinsten und auch für den grössten Steuerzahler gleich ein. Und respektieren halt eben auch, dass der grössere Steuerzahler massiv mehr an unserem allgemeinen Wohlstand beiträgt. Und das ist auch richtig so und dann soll er auch mehr entlastet werden. Das haben wir eben unserem System zu verschulden, und das ist, meine ich, korrekt.

In diesem Sinne wird die SVP auch für die zehn Prozent Steuersenkung sein. Weil eben wie ausgeführt, wir überzeugt sind, wir müssen jetzt den Mut haben, den grossen Schritt zu machen und werden dann in der zweiten Vorlage nochmals justieren können.

Bachmann: Ich habe diese Reaktionen natürlich erwartet. Und ich sehe, dass ich die besseren Nerven gehabt habe als Herr Koch und erst nach ihm gedrückt habe, sodass ich auch auf sein Votum noch antworten kann. Ich möchte mich aber zuerst an Frau Oesch wenden. Offensichtlich hat ihr mein Bündel Banknoten sehr grossen Eindruck gemacht, wie auch anderen auch noch in diesem Saal. Sie interpretiert aber dieses Bündel völlig falsch. Dieses Bündel ist nicht das Zeichen dafür, dass diese Leute diese 6000 Franken zu viel eingezahlt haben. Nein, sie haben sie nicht zu viel eingezahlt. Wir haben einen Art. 127 in der Bundesverfassung, der sagt, soweit es die Art der Steuer zulässt, ist dabei insbesondere der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu beachten. Der legt das eigentlich fest. Wir haben im Steuergesetz des Kantons Art. 39, wo die Steuersätze festgelegt werden. Und, Herr Rüegg, ich weiss sehr genau, was Progression ist. Ich zahle ein paar

Jahre länger Steuern als Sie. Also, es ist gewollt vom Gesetzgeber und von der Bundesverfassung, dass eben nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert wird. Und deshalb bezahlt Frau Hammer eben hammermässig viel mehr Steuern als Herr Amboss. Sie zahlt aber nicht zu viel Steuern, sondern sie zahlt genau das, was sie eben nach Bundesverfassung zahlen soll. Im Gegensatz dazu zahlt Herr Amboss wenig Steuern. Das gebe ich zu. Aber er zahlt nicht zu wenig Steuern. Sondern er zahlt genau das, was ihm zugeordnet wird von Gesetzes wegen.

Also hören Sie auf, von diesen zu viel bezahlten Steuern zu reden. Es ist nicht so, es sind nicht zu viel bezahlte Steuern. Deshalb kann man auch nicht fordern, dass man diese zu viel bezahlten Steuern zurückerhalten soll. Ich wäre sofort, Herr Rüegg, dafür, dass man jedem 150 Franken zahlen würde, jedem Steuerpflichtigen, aber jedem. Dann hätten Ihre Arbeiter, Ihre Portugiesen, wahrscheinlich wieder eine Kloschüssel in ihrem Haus in Portugal, die sie finanzieren könnten. Aber das wollen Sie ja nicht. Sie wollen bewusst diese Ungleichheit. Und wenn Sie jetzt eben den stark begüterten Leuten mindestens, es sind ja mindestens 6000 Franken, es geht von da an aufwärts, zurückzahlen, dann brechen Sie genau dieses Prinzip, das in der Bundesverfassung vorgesehen ist, wonach jeder nach seinen Möglichkeiten Steuern bezahlt. Sie bevorteilen nämlich dann nur diese begüterten Leute. Ich habe noch immer den Geschmack der Kreide im Mund, die ich gestern fressen musste, zusätzlich blutet mein Herz jetzt auch noch, dass ich tatsächlich heute für vier Prozent Steuersenkung stimmen muss, für fünf Prozent. Ich habe eigentlich gehofft, die GLP käme auf vier und nicht auf sieben, aber es ist halt so, sie sind eben auch Wölfe im Schafspelz und stark bürgerlich geprägt. Ich bitte Sie, wenn wir dann das Steuergesetz revidieren, ich weiss nicht in welcher Session, vielleicht daran zu denken, dass man nicht nur die Wohlbegüterten, sondern dass man auch die unteren Einkommensklassen dann ein bisschen berücksichtigt. In dieser Hoffnung ende ich und wenn das dann tatsächlich so ist, dann hört vielleicht auch mein Herz wieder auf zu bluten. Ich danke Ihnen. Ich bin fertig.

Claus: Ich möchte nicht weiter auf das Votum Bachmann eingehen, aber einen Satz muss ich dazu sagen. Ihr Steuerverständnis als Oberstufenlehrer, als pensionierter, ist für mich bedenklich, und Ihr Wissen über Steuern auch und über Progression auch, mehr sage ich dazu nicht.

Ich möchte aber etwas anderes betonen. Wir haben eine Aussenwirkung in unserem Kanton. Und die Aussenwirkung ist diejenige, dass wir immer noch ein Nehmerkanton sind. Wir sind kein Geberkanton in dieser Schweiz. Wir bekommen Geld von der Eidgenossenschaft. Es ist nicht gut, wenn wir dabei ein Vermögen anhäufen, das augenfällig wird, und das haben wir getan. Und deshalb ist es auch richtig, wenn wir jetzt dafür Sorge tragen, dass wir dieses Vermögen auch wieder in einen vernünftigen Rahmen bringen. Es ist richtig, dass man Reserven haben muss, aber nicht in diesem Mass. Welche Möglichkeiten hat man? Und wenn sie jetzt unser Gesamtbudget anschauen dann sehen Sie, dass das 2,9 Milliar-

den Franken sind, die wir jedes Jahr umsetzen, Aufwand und Ertrag. Wenn Sie dann anschauen, mit welcher Treffsicherheit wir schlussendlich unten bei 50 Millionen Franken Verlust landen, dann kann ich Ihnen sagen, dass unsere Regierung, unser Finanzminister, wie schon seine Vorgänger, eine Treffsicherheit haben, die ja erstaunlich ist. Wir reden hier von 1,7 Prozent Treffgenauigkeit beim Verlust. Jan Koch hat ausgeführt wie das zustande gekommen ist. Man könnte es auch umdrehen und es wären 50 Millionen Franken Gewinn. Wir sind immer noch bei 1,5 Prozent der Gesamtsumme. Es ist schlichtweg so, und das kann ich Ihnen sagen nach so vielen Jahren in diesem Rat, dass das Budget heute genauer ist, aber es ist ganz sicher darauf ausgerichtet, dass wir eben über fünf Prozent reden und nicht über zehn. Auch das wäre möglich gewesen mit den genau gleichen Zahlen, mit der genau gleichen Akrobatik.

Warum sind zehn Prozent besser? Erstens einmal, Herr Bachmann, weil alle von diesen zehn Prozent Steuersenkung profitieren, nicht im gleichen Massen Geld, aber in Prozent, und das ist auch richtig so. Zweitens, weil wir mit zehn Prozent eine geringe, eine kleine Chance haben, wenn dann Hohl Auftrag zwei noch dazu kommt, dass sich dieses Kapital, dieses zur Verfügung stehende Kapital von uns tatsächlich ein bisschen reduziert, und selbst das glaube ich heute hier nicht. Es wird immer noch sehr wahrscheinlich wachsen. In diesem Sinne bitte ich Sie wirklich, bei diesen zehn Prozent zu bleiben. Vor allem geht mein Appell an die Mitte. Die Mitte zählt sich ja zu den bürgerlichen Parteien. Das war sie bis jetzt auch oft, manchmal nicht. Aber wenn man bei einer Steuersenkung von fünf oder zehn Prozent tatsächlich mit der SP geht und bei fünf Prozent landet, wider besseres Wissen, dann frage ich mich ja schon, ist es noch eine bürgerliche Partei, die liebe Mitte? Aber ich nehme zur Kenntnis, wenn sie es nicht ist, aber ich werde es auch sagen. In diesem Sinne bitte ich Sie, bei zehn Prozent zu bleiben. Es würde uns guttun, uns allen guttun, und dem Kanton in der Aussenwirkung auch.

Perl: Sie können sich vorstellen, was mich dazu bewegt hat, auf den Knopf zu drücken. *Heiterkeit.* Es ist natürlich nicht unsere Idee, dass wir hier den Steuerfuss um fünf Prozent senken. Wir haben es zur Genüge ausgeführt, dass wir dagegen sind. Die Mitte geht nicht mit der SP. Die SP geht für einmal contre coeur mit der Mitte, *Heiterkeit*, damit sie nicht am Schluss mit der FDP gehen muss. *Heiterkeit.*

Bettinaglio: Kollege Perl hat mir aus dem Herz gesprochen. *Heiterkeit.* Ich frage mich, ob Sie gut zugehört haben gestern. Ich glaube nicht, denn ich glaube nicht, dass Sie im Ernstfall anzweifeln, dass die Mitte bürgerlich tickt. Ich glaube, wir haben einen Vorschlag. Wir haben genug erläutert, weshalb wir die fünf Prozent sehen. Ich könnte auch auf der anderen Seite fragen, warum die FDP den Auftrag von Kollege Hohl total ignoriert. Es wären auch dort Fragen zu stellen, darauf habe ich aber verzichtet. Ich glaube, mehr muss ich dazu nicht sagen.

Bavier: Ich möchte vor allem das Votum von Bruno Claus unterstützen, dass wir eben eine Aussenwirkung haben. Das scheint mir sehr, sehr wichtig. Wenn wir die Vermögensentwicklung anschauen in den letzten 20 Jahren, so hört man immer wieder, die Reichen sind reicher geworden, die Armen sind ärmer geworden. Warum ist das so? Weil eben die Reichen über gute Anlagestrategien verfügen, und so auch der Kanton Graubünden, der gehört auch zu den reichen Kantonen. Allein wenn wir schauen, der Leitzins wird um 25 Prozent gehoben auf 1,75 Prozent von der Nationalbank. Die Zinsentwicklung, ich denke, dieser müssen wir Rechnung tragen. Wir haben eine gute Anlagestrategie im Kanton, wenn wir zwei Milliarden Franken anlegen zu zwei Prozent, so bedeutet das 80 Millionen Franken Zins. Wir können allein mit den Zinserträgen diesen Steuerfuss leicht kompensieren. Da sehe ich kein Problem. Ich persönlich werde die GPK unterstützen mit ihren fünf Prozent, als Mitglied der GPK natürlich, könnte aber auch sehr gut mit den sieben Prozent der GLP leben.

Rüegg: Kollege Bettinaglio, wir ignorieren den Auftrag Hohl mitnichten. Wir ebnen mit diesen zehn Prozent den Weg für eine gewünschte Entlastung, wie sie im Auftrag Hohl definiert ist. Weil, wir sind der Meinung, dass bei der Phase zwei dann, wenn die Gemeinden mit ins Boot genommen werden müssen und sollten, dann es halt schwierig sein wird, einen Konsens zu finden, der dann wirklich substanzielle Entlastung für diese Anspruchsgruppen darstellen soll. Also wir zweifeln das an, dass nur mit dem Auftrag Hohl, so wie er im Raum steht, dies gemacht werden kann, weil dann die Gemeinden dann schon auf das Tapet kommen und ihre Ansprüche dann hier auch noch darlegen werden. Deshalb, wir ignorieren den Auftrag Hohl nicht. Wir unterstützen die Wirkung des Auftrags Hohl mit diesen zehn Prozent, die wir vorschlagen.

Oesch: Ich verfolge natürlich diese interessante Debatte. Ich habe gehört von Grossrat Wieland und Grossrat Koch, dass schon seit langer Zeit immer wieder darüber diskutiert wird, dass der Steuerfuss gesenkt werden soll. Und dann werde ich belehrt, dass wir nicht zu viel Steuern bezahlt haben. Nun, die Kantonsverfassung sieht vor in Art. 93 Abs. 2, der Finanzhaushalt soll unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung mittelfristig ausgeglichen sein. Also mittelfristig, da sind wir schon längst darüber hinaus. Wir sind schon langfristig, haben wir dieses Kapital angespart. Also muss ich sagen, für mich ist es und bleibt es so, dass die Steuerzahler in Graubünden offensichtlich zu viel bezahlt haben, denn es ist von der Kantonsverfassung nicht gedeckt, dass der Kanton ein so hohes Eigenkapital angespart hat. In diesem Sinne bitte ich Sie, wenigstens sieben Prozent Steuererleichterung zuzustimmen.

Pfäffli: Ich wollte eigentlich in dieser Debatte nicht sprechen, da ich GPK-Mitglied bin. Aber ich bin jetzt dann 18 Jahre in diesem Rat. Und ich bin stolz auf die Steuerstrategie, die dieser Kanton in den letzten Jahren gemacht hat. Wir haben mehrmals den Unternehmens-

standort Graubünden gestärkt, indem wir die Gewinnsteuer gesenkt haben. Wir haben darauf verzichtet, die Kapitalsteuer zu senken, weil das zu kompliziert gewesen wäre. Wir haben den Unternehmens- und Unternehmerstandort Graubünden gestärkt mit der Dividendenbesteuerung. Wir haben bei den natürlichen Personen ganz spezielle Adressatengruppen im Auge gehabt, beispielsweise mit der attraktiven Besteuerung der Pensionskassengelder-Auszahlung und der Erbschaftssteuer. Wir haben jetzt in einem nächsten Schritt alle natürlichen Personen vor Augen. Da bin ich der Ansicht, macht es durchaus Sinn, wenn wir jetzt fünf Prozent gewähren. Der zweite Schritt vom Auftrag Hohl, der ist für mich aber noch entscheidender. Wir haben den Standort Graubünden für Fachkräfte und Arbeitskräfte zu stärken. Und das wird dann die grosse Herausforderung sein, weil da werden wir die Gemeinden, die bis jetzt eigentlich immer schön im Zug der Steuereinnahmen mitprofitiert hatten, mit ins Boot nehmen müssen.

Warum bin ich für fünf Prozent? Wenn Sie auf der Seite 285 die Steuereinnahmen anschauen, dann sehen Sie, dass das eigentlich die Steuereinnahmen selber finanzieren der natürlichen Personen. Wir haben bei der Vermögens- und bei der Gewinnsteuer etwa 35 Millionen Franken Zuwachs in diesem Budget drin. Das wären die fünf Prozent. Wir haben bei den juristischen Personen und bei den Spezialsteuern ebenfalls noch Zuwächse drin. Die können wir dann sehr gut einsetzen, um den Arbeitsstandort und Fachkräftestandort Graubünden wirklich massiv zu stärken. Und wenn wir das Eigenkapital abbauen, ja, das müssen wir, aber ich glaube wirklich, auch als Mitglied der GPK, dass der eidgenössische Finanzausgleich, die Nationalbankgewinnausschüttung, aber auch Wolken, die am Horizont aufziehen, wie die Eigenmietwertbesteuerung, die eventuell wegfallen könnte auch für Zweitwohnungsbesitzer, uns noch vor enorme Herausforderungen stellen. Und da bin ich froh, wenn wir ein Eigenkapital haben, das uns den nötigen Spielraum ermöglicht, um hier entsprechend handeln zu können. Ich unterstütze als GPK-Mitglied die 5 Prozent.

Standespräsident Caluori: Nun frage ich Sie nochmals an, ob jemand das Wort möchte, bevor ich dem Regierungsrat Bühler das Wort gebe. Das ist nicht der Fall. Regierungsrat Bühler, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Bühler: Zuerst möchte ich mich bei Grossrat Kreiliger entschuldigen, dass ich ihn unterbrochen habe, weil es da eine Übermittlungsproblematik gab. Ich habe seine Frage verstanden und möchte dort einfach sagen, ja, wir haben ein Schärfeproblem bei der Budgetierung. Und wir haben versucht, griffige Massnahmen zu treffen. Wir haben 60 Millionen Franken Erträge mehr budgetiert aufgrund dieser Massnahmen und wir haben beispielsweise viel konkreter bei den Ausgabenbudgetierungen die Regeln gesetzt, sodass nur bereits bewilligte Projekte auch wirklich Aufnahme finden. Es sind Einzelmassnahmen und wir müssen uns kontinuierlich verbessern.

Dann möchte ich mich bei der GPK bedanken für die differenzierten Voten, die die Auseinandersetzung mit der Materie eben als Ganzes beleuchten und aufzeigen,

und hier einige Punkte noch unterstreichen. Die bisherigen Ertragsüberschüsse, und wir können über alles jetzt reden, aber wir haben sehr konkrete Beispiele auch genannt, die sind nicht nachhaltig. Ich werde hier jetzt nicht redundant, sage einfach, was Fakt ist. Wir bekommen dieses Jahr nichts von der Nationalbank und wir bekommen auch nächstes Jahr mit ganz grosser Wahrscheinlichkeit nichts von der Nationalbank. Was ebenfalls Fakt ist, und das ist eigentlich ein schöner Umstand, aber der hält uns an, massvoll umzugehen mit unseren Steuern, wir sind stärker geworden und dadurch bekommen wir weniger aus dem Finanzausgleich, und das ist berechnet, das ist aufgezeigt im Finanzplan, das sind bis zu 100 Millionen Franken die nächsten drei Jahre.

Warum masshalten aus Sicht der Regierung bei der Steuersenkung für natürliche Personen auch. Der Kanton Graubünden ist im interkantonalen Vergleich betreffend die Steuerbelastung der natürlichen Personen bereits gut positioniert. Ich habe gestern nicht nur versucht, sondern konnte Grossrat Stocker klar aufzeigen, dass der Kanton Graubünden je nach Berechnung zwischen Platz drei und Platz zehn belegt in den Steuerrankings, also überall im vorderen Mittelfeld oder sogar ganz zuvorderst ist bei den natürlichen Personen. Und es gilt hier einfach zu beachten: Der Kanton Graubünden ist nach wie vor ein Nehmerkanton, und da wird genau geschaut. Und es stimmt, zu hohes frei verfügbares Eigenkapital wird berechnet, aber eine Steuerpolitik, die ausreizt als Nehmerkanton, wird ebenfalls angeschaut. Wenn wir hier den Frieden halten wollen, müssen wir massvolle Änderungen am Steuerfuss vornehmen.

Eine höhere Steuerfussenkung als fünf Prozent wird den finanzpolitischen Spielraum für die künftigen Ausgabenfinanzierungen des Kantons massiv einschränken. Und auch hier wurden Beispiele genannt. Es steht eine Revision des Schulgesetzes an, die kosten wird, die auch den Kanton Geld kosten wird, und es ist auf dem Tisch, dass im Bereich des Gesundheitswesens sehr hohe Kosten zum Teil anstehen. Dort ist es noch nicht quantifizierbar, wovon wir sprechen. Aber Fakt ist, die Erwartung ist im Raum, dass sich auch der Kanton hier beteiligt. Deshalb auch da, warum nicht schrittweise vorgehen, geplant vorgehen und Kontinuität sichern, gerade weil das Umfeld unsicher ist. Und wir haben noch nicht über die ganzen globalen Unsicherheiten gesprochen, sondern nur über uns selbst.

Eine Steuerfussenkung macht als Massnahme der Standortförderung nur Sinn, wenn sie über einen längeren Zeitraum finanziell gut abgesichert ist. Eine fünf Prozent-Senkung kann durch das verfügbare Eigenkapital über acht Jahre finanziert werden gemäss den Planungen, die wir vornehmen. Eine zehnprozentige Senkung ist über vier Jahre abgesichert gemäss den Planungen, die wir vornehmen. Wenn wir falsch liegen, müssen wir die Pläne schärfen, aber wir arbeiten nach Szenarien und Plänen und nicht irgendwie. Und deshalb orientieren wir uns auch daran. Und was wir, denke ich, alle nicht wollen ist, dass wir jetzt Steuern senken, um sie innert Kürze wieder zu erhöhen. Hü- und Hott-Politik möchten wir vermeiden. Wir möchten Kontinuität und eine sichere Verwendung des frei verfügbaren Eigenkapitals.

In diesem Sinne danke ich Ihnen noch einmal für die vielen Argumente und Gegenargumente. Wir haben gut zugehört, wir wissen auch, dass, wenn die fünf Prozent Steuerfussenkung jetzt kommt, dass dann der Auftrag Hohl mit Fokus auf die Familien und auf die Fachkräfte so auszurichten ist, dass eben der zweite Teil dieser Etappe, die wir angekündigt haben, auch passt. Und wir möchten uns dort dahinterklemmen. Ich beantrage Ihnen, ich bitte Sie, noch einmal der Regierung zu folgen, fünf Prozent Steuersenkung, damit wir Kontinuität haben, damit wir massvoll und sinnvoll mit unseren Mitteln umgehen.

Standespräsident Caluori: Ich denke, wir haben nun ausgiebig über die Steuerfüsse diskutiert. Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Hierzu halte ich fest, dass es sich bei den eingegangenen Anträgen um sogenannte Hauptanträge handelt, die einander gegenüberzustellen sind. Derjenige Antrag, der das absolute Mehr erreicht, gilt als angenommen. Erreicht keiner das absolute Mehr, werden in einer nächsten Abstimmung die beiden Anträge ausgemehrt, die in der ersten Abstimmung am wenigsten Stimmen erhalten haben. Der obsiegende Antrag wird dann wiederum dem Antrag gegenübergestellt, der in der ersten Abstimmung am meisten Stimmen erhalten hat. Bevor wir nun zur Abstimmung gelangen, erhalten die Antragssteller nochmals das Wort. Grossrat Hohl, Sie haben das Wort.

Hohl: Ich kann der Diskussion grundsätzlich sehr viel Positives abgewinnen. Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass die GLP auch sagt, fünf Prozent Steuersenkung sind zu wenig. Frau Oesch spricht von einer Bündner Charmeoffensive im Steuerbereich. Vielleicht können wir den Werbespot mit ihrer Stimme abdrehen. Es wäre spannend. Ich muss aber sagen, mit Ihren sieben Prozent, da sind Sie als GLP aus meiner Sicht weder Fisch noch Vogel. Klar, grün und liberal, das ist manchmal generell weder Fisch noch Vogel. Aber machen Sie es dieses Mal bitte richtig und nicht halbpatzig, denn der Steuerfuss, und da gebe ich Ihnen Recht, ist kein jährlicher Spielball. Wir haben vielfach gehört, wir wollen eine gewisse Konstanz. Das gilt aber nicht nur beim hü und hott, beim hoch und runter, sondern aus meiner Sicht gilt das auch, dass wir jetzt, wie Kollege Koch das richtig ausgeführt hat, machen wir jetzt einen richtigen Schritt, damit wir nicht alle Jahre wieder nachjustieren müssen.

Ich habe auch bei der GLP etwas herausgespürt, die sieben Prozent, Sie haben Angst vor zu wenig Investitionen. Ich kann Ihnen sagen, die Investition werden nicht durch unsere Finanzpolitik gefährdet. Die Investitionen werden heute schon vor allem durch langwierige Verfahren und den Fachkräftemangel erschwert. Das ist die grösste Hürde und nicht, dass wir zu wenig Geld hätten oder zu wenig Investitionen planen. Ich glaube, Regierungsrat Bühler leider trotzdem nicht, dass er die Investitionen auch nächstes Jahr ausschöpfen kann, da müssen Sie mich erst noch vom Gegenteil überzeugen.

Kollege Perl hat gestern gesagt, also er hat gestern gesprochen schon, und er hat mich gefragt, ob ich in vier bis acht Jahren überhaupt noch hier bin. Ich bin ja auch für eine Amtszeitbeschränkung gewesen, aber erinnern

Sie sich dran, ich bin noch nicht so lange im Rat wie Sie. Also ich werde noch nicht so schnell auf eine klimaneutrale Weltreise gehen können. *Heiterkeit.* Aber es freut mich grundsätzlich, dass auch die SP heute für Steuersenkungen stimmt. Das ist sehr erfreulich und da mache ich auch den Bogen zur sogenannten Mitte. Wenn Sie bei einer Steuerdebatte mit der SP sind, egal wer jetzt zu wem geht, dann sind Sie definitiv nicht in der Mitte. Das einfach ganz klar. Und dann vielleicht noch das Votum von Kollege Tino Schneider von gestern, da hatte ich fast schon Angst. Ich dachte, Kollege Horrer ist zurück im Rat. *Heiterkeit.* Aber ich habe dann hinübergeschaut und gesehen, nein, es ist doch noch Tino.

Also lassen Sie mich schliessen, weshalb Sie dem Antrag auf zehn Prozent Steuersenkung zustimmen sollten. Der Steuersenkungsantrag, er hat eine hohe Relevanz für den Auftrag Hohl betreffend Steuerentlastungen für Familien und Fachkräfte. Ich habe gestern darauf hingewiesen. Eine sehr hohe Relevanz. Der zweite Teil des Auftrages ist auch bei zehn Prozent Steuersenkung in keiner Art und Weise gefährdet. Schauen Sie auf die ultrakonservative Finanzplanung der Regierung der letzten Jahre. Regierungsrat Bühler hat neulich einmal bei uns in der Fraktion gesagt, Planung ersetzt Zufall durch Irrtum. Und das wird auch hier der Fall sein. Wir werden in ein paar Jahren wieder darüber sprechen. Denken Sie einfach bei der Abstimmung wirklich an die unfassbar hohen Reserven unseres Kantones. Das ist der Grund, warum wir heute vor allem hier auch darüber diskutieren. Also stimmen Sie den zehn Prozent zu, geben Sie den Menschen etwas zurück, anstatt weiter beim Kanton brach liegen zu lassen. Und sollten Sie heute bei der vorsichtigen Variante der Regierung sein, weil Sie an die negativen Prognosen glauben, dann werden wir Sie beim Wort nehmen, wenn wir die Richtwerte im Februar besprechen, denn dann dürfen wir dort auf keinen Fall lockerlassen. Dann glauben wir dann den negativen Perspektiven, und dann denken Sie bitte bei den Richtwerten daran. Aber heute stimmen Sie für zehn Prozent, dann können wir auch bei den Richtwerten gemeinsam schrauben.

Standespräsident Caluori: Grossrat Rageth, Sie haben nochmals das Wort. Sie wünschen keins. Dann gebe ich abschliessend noch dem Präsidenten der GPK das Wort.

Kienz; Kommissionspräsident: Davo quista animada discussiun, crai eu cha las opiniuns saran fattas. Perquai nu less eu prolongar la debatta cun oters argumaints o repeter argumaints. In nom da la Cumischiun da gestiun lessa listess animar a las collegas ed als collegas dal Grond cussagl dad ir cun l'idea da la Cumischiun sindicatoria e da la Regenza.

Standespräsident Caluori: Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer den Antrag der GPK und Regierung gemäss Botschaft, den Steuerfuss auf 95 Prozent zu senken, zustimmen möchte, drücke die Taste Plus. Wer dem Antrag der GLP, die Steuersenkung auf 93 Prozent Steuerfuss zu senken, drücke die Taste Null, und wer den Antrag Hohl der FDP, 10 Prozent Steuersenkung auf 90 Prozent, unterstützen will, drücke die Taste Minus. Die

Abstimmung läuft jetzt. Ich gebe Ihnen nun die Resultate bekannt. Wir haben 113 Stimmen. Die GPK und die Regierung haben 66 Stimmen erhalten. Der Antrag GLP hat 5 Stimmen erhalten, der Antrag der FDP 42 Stimmen. Das absolute Mehr beträgt 57. Somit hat der Antrag der GPK und der Regierung das absolute Mehr erreicht und gilt damit als angenommen. Der Steuerfuss für das Jahr 2024 für die Einkommens-, Vermögens- und Quellensteuer des Kantons ist somit auf 95 Prozent der einfachen Kantonssteuer festgelegt.

Abstimmung

Der Antrag GPK und Regierung hat das absolute Mehr erreicht und ist somit angenommen.

Standespräsident Caluori: Wir fahren fort mit Kapitel 6, Spezialfinanzierungen auf den Seiten 98 bis 102. Herr Kommissionspräsident. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Dann fahren wir fort. Kapitel 7, Beiträge an die Spitäler. Herr Kommissionspräsident. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Dann kommen wir zu Artikel 8, Verpflichtungskredite, Seite 107 bis 119. Herr Kommissionspräsident. Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank. Kommen wir zu Punkt 9, Finanzplan 2025-2027 Seite 120 bis 124. Herr Kommissionspräsident. Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank. Ich denke, bevor wir zur institutionellen Gliederung kommen, schalten wir eine Pause ein bis 10 Uhr.

Pause

Standespräsident Caluori: Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Wir fahren fort mit der institutionellen Gliederung ab Seite 127 mit den Kapiteln Grosser Rat, Regierung und allgemeine Verwaltung, Departemente sowie richterliche Behörden. Ich möchte festhalten, dass ich in diesem Teil, zur Steigerung der Effizienz, darauf verzichte, das Wort bei jeder Position jeweils einzelschrittweise zuerst dem GPK-Präsidenten, dann den weiteren Kommissionsmitgliedern, dann dem Plenum und schliesslich der Regierungsbank ausdrücklich zu öffnen. Ich werde aber jede Position nennen und danach ausreichend Zeit lassen für alle, sich für ein Votum anzumelden. Bei mehreren Wortanmeldungen werde ich dann aber selbstverständlich die übliche Reihenfolge einhalten.

Institutionelle Gliederung: Grosser Rat, Regierung, allgemeine Verwaltung, Departemente, richterliche Behörden (Budget-Botschaft 2024, S. 125 ff.)

Standespräsident Caluori: Somit beginnen wir mit der Erfolgsrechnung. Investitionsrechnung.

GROSSER RAT, REGIERUNG UND ALLGEMEINE VERWALTUNG

Standespräsident Caluori: 1000, Grosser Rat. 1100, Regierung. 1200, Standeskanzlei.

DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND SOZIALES

Standespräsident Caluori: 2000, Departementssekretariat DVS. 2107, Grundbuchinspektorat und Handelsregister. 2210, Plantahof. 2222, Amt für Landwirtschaft und Geoinformation. 2230, Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit. 2231, Spezialfinanzierung Tierseuchenbekämpfung. 2240, Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit. 2241, Vollzug Arbeitslosenversicherungsgesetz. 2250, Amt für Wirtschaft und Tourismus. 2260, Amt für Raumentwicklung. 2261, Spezialfinanzierung Mehrwertausgleich. 2301, Fonds gemeinnützige Zwecke, Suchtmittelmissbrauch. 2310, Sozialamt. 2320, Sozialversicherungen.

DEPARTEMENT FÜR JUSTIZ, SICHERUNG UND GESUNDHEIT

Standespräsident Caluori: 3100, Departementssekretariat DJSG. 3105, Staatsanwaltschaft. 3114, Amt für Justizvollzug. 3120, Kantonspolizei. 3125, Amt für Migration und Zivilrecht. 3130, Strassenverkehrsamt. 3140, Amt für Militär und Zivilschutz. 3145, Spezialfinanzierung Zivilschutz Ersatzbeiträge. 3150, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. 3212, Gesundheitsamt.

ERZIEHUNGS-, KULTUR- UND UMWELTSCHUTZ-DEPARTEMENT

Standespräsident Caluori: 4200, Departementsdienste EKUD. 4210, Amt für Volksschule und Sport. 4221, Amt für Höhere Bildung. 4230, Amt für Berufsbildung. 4250, Amt für Kultur. 4260, Amt für Natur und Umwelt. 4265, Ersatzabgabefonds Biotop- und Landschaftsschutz. 4271, Spezialfinanzierung Landeslotterie. 4273, Spezialfinanzierung Sport.

DEPARTEMENT FÜR FINANZEN UND GEMEINDEN

Standespräsident Caluori: 5000, Departementssekretariat DFG. 5030, Amt für Immobilienbewertung. 5105, Finanzkontrolle. 5110, Finanzverwaltung. 5111, allgemeiner Finanzbereich. 5120, Personalamt. 5121, allgemeiner Personalbereich. 5130, Steuerverwaltung. 5131, Kantonale Steuern. 5150, Amt für Informatik. 5310, Amt für Gemeinden. 5315, Spezialfinanzierung Finanzausgleich für Gemeinden.

DEPARTEMENT FÜR INFRASTRUKTUR, ENERGIE UND MOBILITÄT

Standespräsident Caluori: 6000, Departementssekretariat DIEM. 6101, Hochbauamt. 6110, Amt für Energie und Verkehr. Ich begrüße die beiden Herren Richter, den Kantonsgerichtspräsidenten Remo Cavegn und den Verwaltungsgerichtspräsidenten Thomas Audétat. Herzlich willkommen. 6125, Tiefbauamt, Wasserbau. 6200, Spezialfinanzierung Strassen, Tiefbauamt. 6220, SF Strassenausbau, Nationalstrassen. 6221, SF Strassenausbau, Hauptstrassen. 6224, SF Strassenausbau, Verbindungsstrassen. Grossrat Loi, Sie haben das Wort.

6224 SF Strassenausbau, Verbindungsstrassen

Loi: Ich habe es gestern bereits gesagt, das ist ein Thema, das uns in der Peripherie sehr, sehr stark beschäftigt. Und wir sehen da, dass das Tiefbauamt offenbar, wie ich auch schon gesagt habe, aufgrund personeller Ressourcen nicht in der Lage ist, die notwendigen Arbeiten voranzutreiben. Und ich bitte nochmals, dass man auf diesen Punkt speziell schaut und versucht, da intensiver an die Arbeit zu gehen in Zukunft.

Standespräsident Caluori: 6225, Spezialfinanzierung Strassen, allgemeine Investitionen. 6400, Amt für Wald- und Naturgefahren. 6500, Amt für Jagd und Fischerei. Grossrat Grass, Sie haben das Wort.

6500 Amt für Jagd und Fischerei

Grass: Auf Seite 329 sind die Kennzahlen für die langfristige Entwicklung des Wildbestandes unter der Rubrik «der Wildbestand ist dem Lebensraum angepasst» aufgeführt. Über den Wolfsbestand und die Anzahl Wolfsrudel im Kanton Graubünden ist hier keine Angabe zu finden. Der Bund hat auf den 1. Dezember die neue Jagdverordnung in Kraft gesetzt und die maximale Anzahl Wolfsrudel für den Kanton Graubünden festgelegt. Dies ist zwar nach dem Druck dieser Budgetvorlage erfolgt. Aber bei Ausgaben von 1 Million Franken für das Monitoring Grossraubtiere darf erwartet werden, dass die Abschussziele und Bestandeszahlen für den Wolf ebenfalls aufgeführt werden. Hierzu meine Frage: Ist die Regierung bereit, die Zielvorgaben für den Wolfsbestand in zukünftigen Budgetvorlagen aufzuführen? Falls die Frage nicht beantwortet werden kann, da die zuständige Regierungsrätin nicht hier im Saal ist, geben Sie ihr das bitte mit auf den Weg.

Standespräsident Caluori: Wir nehmen das Votum auf und geben es weiter. Weitere Wortmeldungen zu 6500, Amt für Jagd und Fischerei?

RICHTERLICHE BEHÖRDEN

Standespräsident Caluori: 7000, Kantonsgericht von Graubünden. 7005, Obergericht. 7010, Verwaltungsgericht. 7021, Regionalgericht Albula. 7022, Regionalge-

richt Bernina. 7023 Regionalgericht Engiadina Bassa, Val Müstair. 7024, Regionalgericht Imboden. 7025, Regionalgericht Landquart. 7026, Regionalgericht Maloja. 7027, Regionalgericht Moesa. 7028, Regionalgericht Plessur. 7029, Regionalgericht Prättigau/Davos. 7030, Regionalgericht Surselva. 7031, Regionalgericht Viamala. 7050, Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte. 7060, Notariatskommission. Dann fahren wir fort mit den Stellenschaffungen und budgetierte Stellen. Seite 336 folgende. Herr Kommissionspräsident?

Stellenschaffungen und budgetierte Stellen

Kienz; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Artengliederung. Herr Kommissionspräsident?

Artengliederung und Erfolgsrechnung

Kienz; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Funktionale Gliederung. Herr Kommissionspräsident.

Funktionale Gliederung

Kienz; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Kommen wir zu den Kennzahlen. Herr Kommissionspräsident.

Kennzahlen

Kienz; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Dann sind wir am Ende der Detailberatung zum Budget 2024 angelangt. Ich frage Sie an, möchte jemand noch auf einen Punkt im Budget 2024 zurückkommen? Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Schlussabstimmung. Die Anträge der Regierung finden Sie auf Seite 7 und 8 der Budgetbotschaft und auf Seite 8 und 9 des Berichtes der GPK.

Schlussabstimmung Grosser Rat, Regierung, allgemeine Verwaltung und Departemente

Antrag GPK und Regierung

- Die Mittel zur Entlohnung der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung wie folgt festzulegen für (Seiten 71 bis 74):

- den Teuerungsausgleich im Ausmass der effektiven, nicht ausgeglichenen Jahresteuern gemäss Indexstand November 2023 (budgetiert 2,0 Prozent bzw. 7 085 000 Franken Lohnsumme);
 - die individuellen Lohnentwicklungen auf brutto 2 746 000 Franken (0,8 Prozent der massgebenden Gesamtlohnsumme des Budgets 2023);
 - die Stellenbewirtschaftung auf 8 629 000 Franken und davon 1 373 000 Franken für die zusätzlichen, befristet geschaffenen Stellen im Amt für Migration und Zivilrecht im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 betreffend die Gesamtlohnsumme auszunehmen. 350 000 Franken davon im Rahmen des Verpflichtungskredits für die Notgrabungen für archäologische Untersuchungen auf dem Areal der Stadthalle im Amt für Kultur stehen unter dem Vorbehalt, dass der Grosse Rat diese wie beantragt vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 ausnimmt (siehe Antragsziffer Nr. 10). 3 161 000 Franken davon für die Umsetzung der «Strategie digitale Verwaltung Graubünden 2024–2028» stehen unter dem Vorbehalt, dass der Grosse Rat diese wie mit separater Botschaft (Heft Nr. 2 / 2023–2024) beantragt vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 ausnimmt.
 - den Gesamtkredit für die Leistungs- und Spontanprämien auf 3 558 000 Franken (1,0 Prozent der massgebenden Gesamtlohnsumme des Budgets
 - 2024, inklusive einem Anteil von 0,5 Prozent aus der zentral budgetierten Lohnsteigerung).
4. Die Steuerfüsse für das Jahr 2024 in Prozent der einfachen Kantonssteuer festzulegen für (Seiten 93 bis 97):
- (die Einkommens-, Vermögens- und Quellensteuer des Kantons → vgl. Abstimmung zu 5. Steuerfüsse oben)
 - die Gewinn- und Kapitalsteuer des Kantons 90 Prozent (wie Vorjahr)
 - die Gewinn- und Kapitalsteuer der Gemeinden 95 Prozent (wie Vorjahr)
 - die Gewinn- und Kapitalsteuer der Landeskirchen (Kultussteuer) 11,3 Prozent (wie Vorjahr)
 - die Quellensteuer der Gemeinden 85 Prozent (wie Vorjahr)
 - die Quellensteuer der Landeskirchen und deren Kirchgemeinden 13 Prozent (wie Vorjahr)
5. Die Eckwerte zur Dotierung des Finanzausgleichs für die Gemeinden festzulegen (Seiten 99 bis 101):
- Grundbeitrag der ressourcenstarken Gemeinden zur Finanzierung des Ressourcenausgleichs 15 Prozent (wie Vorjahr)
 - Mindestausstattung der ressourcenschwachen Gemeinden durch den Ressourcenausgleich 71 Prozent (Vorjahr 72,5%)
 - Gesamtkredit für den Gebirgs- und Schullastenausgleich 25 Millionen Franken (wie Vorjahr)
 - Gesamtkredit für den individuellen Härteausgleich für besondere Lasten 0,5 Millionen Franken (wie Vorjahr)
 - Kantonsbeitrag aus allgemeinen Staatsmitteln an die Spezialfinanzierung Finanzausgleich für Gemeinden 38 Millionen Franken (Vorjahr 40 Mio.)
6. Den ordentlichen Beitrag aus allgemeinen Staatsmitteln an die Spezialfinanzierung Strassen auf 21,5 Millionen Franken bzw. 25 Prozent der budgetierten Verkehrssteuern festzulegen (Seite 271).
7. Die Gesamtkredite für folgende Beiträge an die Spitäler festzulegen (Seiten 103 bis 106):
- für den Notfall- und Krankentransportdienst (Retungswesen) 13,574 Millionen Franken (Vorjahr 8,103 Mio.)
 - für die universitäre Lehre und Forschung 7,734 Millionen Franken (Vorjahr 6,790 Mio.)
 - für gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) 25,500 Millionen Franken (Vorjahr 25,285 Mio.)
8. Den Verpflichtungskredit für den Werterhalt des Sicherheitsfunknetzes POLYCOM 2030 als Objektkredit von brutto 8,07 Millionen Franken bei der Kantonspolizei zu genehmigen. Dieser Kreditbeschluss untersteht nicht dem fakultativen Finanzreferendum (Seiten 107 bis 109).
9. Den Verpflichtungskredit für einen Investitionsbeitrag an das Kantonsspital Graubünden für den Bau der Spitalpharmazie zur Arzneimittelherstellung als Objektkredit von brutto 3,0 Millionen Franken beim Gesundheitsamt zu genehmigen und ihn vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 2 betreffend die Nettoinvestitionen auszunehmen. Dieser Kreditbeschluss untersteht dem fakultativen Finanzreferendum (Seiten 109 bis 111).
10. Den Verpflichtungskredit für die Notgrabungen für archäologische Untersuchungen anlässlich des Projekts der Stadt Chur auf dem Areal der Stadthalle als Objektkredit von brutto 2,0 Millionen Franken beim Amt für Kultur zu genehmigen und ihn vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 betreffend die Gesamtlohnsumme auszunehmen. Dieser Kreditbeschluss untersteht dem fakultativen Finanzreferendum (Seiten 111 bis 114).
11. Den Zusatzkredit für die Ablösung / Erneuerung der Steueranwendungen für Register und Veranlagung für natürliche und juristische Personen von brutto 3,5 Millionen Franken (Kostenstand Mai 2023) bei der Steuerverwaltung zu genehmigen. Bei einer Änderung des Landesindex der Konsumentenpreise verändert sich dieser Kreditbetrag entsprechend. Dieser Kreditbeschluss untersteht nicht dem fakultativen Finanzreferendum (Seiten 114 bis 115).
12. Den Verpflichtungskredit für den Bau der Areal-schutzmassnahmen zur Behebung der Hochwassergefährdung in der Talebene Cazis Nord als Objektkredit von brutto 8,0 Millionen Franken (Kostenstand April 2023) beim Hochbauamt zu genehmigen. Bei einer Änderung des Baupreisindex verändert sich dieser Kreditbetrag entsprechend. Dieser Kreditbeschluss untersteht dem fakultativen Finanzreferendum (Seiten 115 bis 117).
13. Den Verpflichtungskredit für einen Investitionsbeitrag an die Stadt Chur für den Neubau des Bahnhofs Chur West als Objektkredit von brutto 3,7 Millionen Franken beim Amt für Energie und Verkehr zu ge-

nehmigen. Dieser Kreditbeschluss untersteht dem fakultativen Finanzreferendum (Seiten 117 bis 119).

14. Das Budget 2024 des Kantons (ohne richterliche Behörden) zu genehmigen (Rechnungsrubriken 1000 bis 6500 und 7050 bis 7060, Seiten 129 bis 330 und 361 bis 362).

Standespräsident Caluori: Die Ziffern 1 und 2 haben wir bereits erledigt. Wir haben das Jahresprogramm 2024 zur Kenntnis genommen und sind auf das Budget 2024 eingetreten. Ebenfalls bereits abgestimmt haben wir den ersten Spiegelstrich zu Antrag 4, indem wir den Steuerfuss für das Jahr 2024 für die Einkommens-, Vermögens- und Quellensteuer des Kantons auf 95 Prozent der einfachen Kantonssteuer festgelegt haben. Die übrigen Spiegelstriche zu Antrag 4 sind jedoch noch nicht abgestimmt. Ich frage Sie an, sind Sie damit einverstanden, dass wir über die Anträge 3 bis 14, ausgenommen der erste Spiegelstrich zu Antrag 4, in globo abstimmen? Ich sehe, Sie sind einverstanden.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer den Anträgen zu den Ziffern 3 bis 14, ausgenommen der erste Spiegelstrich zu Antrag 4, zustimmen möchte, drücke bitte die Taste Plus. Wer den Anträgen nicht zustimmen möchte, die Taste Minus, für Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Anträgen zu den Ziffern 3 bis 14, ausgenommen der erste Spiegelstrich zu Antrag 4, mit 105 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 1 Gegenstimme zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt den Anträgen Ziffern 3-14 der GPK und der Regierung in globo mit 105 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Standespräsident Caluori: Antrag 15 der Regierung auf Seite 8 der Budgetbotschaft und Seite 9 des Berichtes der GKB. Die Finanzplanergebnisse 2025 bis 2027 (Seiten 120 bis 124) sowie den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2025/2027 haben wir zur Kenntnis genommen.

Antrag GPK und Regierung

15. Die Finanzplanergebnisse 2025–2027 (Seiten 120 bis 124) sowie den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2025–2027 (Seiten 129 bis 330 und 361 bis 362) zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Der Grosse Rat nimmt die Finanzplanergebnisse 2025–2027 sowie den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2025–2027 zur Kenntnis.

Standespräsident Caluori: Nun kommen wir zur Schlussabstimmung der kantonalen Gerichte, die Anträge der Gerichte auf Seite 9 der Budgetbotschaft und auf Seite 9 des Berichts der GPK.

Schlussabstimmung kantonale Gerichte

Antrag GPK, Kantonsgericht und Verwaltungsgericht

2. Die Mittel zur Entlohnung der Mitarbeitenden und Richterpersonen der kantonalen Gerichte wie folgt festzulegen für:
- den Teuerungsausgleich im Ausmass der effektiven, nicht ausgeglichenen Jahresteuern gemäss Indexstand November 2023 (budgetiert 2,0 Prozent bzw. 355 000 Franken Lohnsumme);
 - die individuellen Lohnentwicklungen für Aktuarinnen und Aktuarien sowie Kanzleipersonal auf brutto 77 000 Franken (0,82 Prozent der massgebenden Gesamtlohnsumme des Budgets 2023);
 - die individuellen Lohnentwicklungen für Richterpersonen der Regionalgerichte auf brutto 36 000 Franken (0,77 Prozent der massgebenden Gesamtlohnsumme des Budgets 2023);
 - die Stellenbewirtschaftung auf 236 000 Franken für das Kantonsgericht, auf 536 000 Franken für das Verwaltungsgericht und auf 598 000 Franken für die Regionalgerichte, 465 000 Franken davon befristet auf 1 Jahr für ausserordentliche Richterstellen (Seite 369);
 - den Anteil an der massgebenden Gesamtlohnsumme des Budgets 2024 für Aktuarinnen und Aktuarien sowie Kanzleipersonal für die Leistungs- und Spontanprämien auf 91 000 Franken bzw. 0,84 Prozent.
3. Die Budgets 2024 des Kantonsgerichts (Rechnungsrubrik 7000), des Verwaltungsgerichts (Rechnungsrubrik 7010) und der Regionalgerichte (Rechnungsrubriken 7021 bis 7031) zu genehmigen (Seiten 331 bis 360).

Standespräsident Caluori: Die Ziffer 1 haben wir bereits erledigt. Wir sind auf das Budget 2024 der Gerichte eingetreten. Frage an den Grossen Rat: Sind Sie damit einverstanden, dass wir über die Anträge 2 und 3 in globo abstimmen? Ich sehe, Sie sind einverstanden.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer den Anträgen zu den Ziffern 2 und 3 zustimmen möchte, drücke bitte die Taste Plus, wer den Anträgen nicht zustimmen möchte, die Taste Minus, für Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Anträgen zu den Ziffern 2 und 3 mit 103 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung und 0 Nein-Stimmen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt den Anträgen Ziffern 2-3 der GPK, des Kantonsgerichts und des Verwaltungsgerichts in globo mit 103 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Standespräsident Caluori: Damit sind wir am Ende der Beratung des Budgets und des Finanzplans angelangt. Ich erteile nun dem Präsidenten der GPK, Grossrat Kienz, die Gelegenheit für ein Schlusswort.

Kienz; Kommissionspräsident: Ouravant lessa ingrazchar al president dal Grond cussagl per sia fich pragmatica maniera da manar tras la debatta dal budget. Il tempo ch'el veiva miss sü es stat dafatta per mai massa svelto.

Quellas pêr pacas robas ch'eu leiva dir, nu sun eu gnanca gnü pro da dir. Ma i nun ha n'eir nöglia fat da bsögn, sco cha la votumaziun finala ha muossà. In nom da la Cumischiun da gestiun as ingrazch eu per l'elavuraziun dal budget 2024, per l'animada debatta sco eir pel fat, cha vo eschat seguits a las propostas da la Cumischiun da gestiun e da la Regenza. Ün cordial ingrazchamaint va a mias collegas e meis collegas da la cumischiun, chi han in questa constellaziun repassà lur seguond preventiv. Cun la toccanta perseveranza esa gnü lavurà critic, ma constructiv. Plünavant lessa amo ingrazchar a las delegaziuns dal Departamaint da finanzas, spezialmain al secretari da finanzas Urs Brasser, al manader da la Controlla da finanzas Thomas Schmid sco er al secretari da la Cumischiun da gestiun Roland Giger. Sainza lur grond ingaschamaint füss la lavur da la cumischiun bainquant plü difficila. Ün sincer ingrazchamaint pertocca eir il nov regent e minister da finanzas Martin Bühler. El chi's ha sco debütant – eu craj da pudair dir quai eir in nom da tuot la cumischiun – surprais cun sia profuonda cugnuschentscha da la materia e cun sia sgürezza da dossier. In quist sen dun eu inavo il pled.

Standespräsident Caluori: Ich möchte den beiden Gerichtspräsidenten danken für ihre Präsenz und wünsche ihnen noch einen schönen Tag. Besten Dank.

Wir fahren fort gemäss Arbeitsplan mit dem Bericht zur Strategie digitale Verwaltung Graubünden 2024-2028. Der Bericht wurde von der Kommission für Staatspolitik und Strategie behandelt. Ich gebe nun dem Kommissionspräsidenten Grossrat Lamprecht das Wort zum Eintreten.

Bericht zur «Strategie digitale Verwaltung Graubünden 2024-2028» (Botschaften Heft Nr. 2/2023-2024, S. 121)

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Lamprecht; Kommissionspräsident: Wir haben im Oktober das Gesetz zur Strategie der digitalen Verwaltung verabschiedet und heute werden wir dieses grüne Büchlein beraten und so den Schritt öffnen und dem Kanton die Möglichkeit geben, die digitale Verwaltung umzusetzen. Gerne mache ich dazu zuerst ein paar Ausführungen. Mit der neuen Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024-2028 soll die digitale Transformation der kantonalen Verwaltung zu Gunsten der Bevölkerung und der Wirtschaft des Kantons Graubünden beschleunigt werden. Die aktuelle E-Government-Strategie läuft Ende 2023 aus. Die neue Strategie knüpft an diese an. Aufbauend auf den gesamten Erfahrungen und den geschaffenen Grundlagen strebt der Kanton eine deutliche Intensivierung der Aktivitäten sowie eine spürbare und sichtbare Beschleunigung der digitalen Transformation an. Die Strategie soll mit dem Ambitionsniveau Be-

schleunigung umgesetzt werden. Nur so können der vom Grossen Rat gewünschte beschleunigte Ausbau des digitalen Angebots gestemmt sowie die erforderlichen technischen und organisatorischen Grundlagen geschaffen werden. Konkret sollen bis ins Jahr 2028 Basisdienste wie beispielsweise das E-Portal, die elektronische Austauschplattform, digitaler Briefkasten oder die elektronische Geschäftsverwaltung etabliert sein und sich im Einsatz bewährt haben. Des Weiteren soll das digitale Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen fortlaufend ausgebaut und optimiert werden. Digitalisierungsprojekte, die schon umgesetzt werden, sollen weitergeführt und die digitalen Dienstleistungen so rasch als möglich zur Verfügung gestellt werden.

Damit die Strategie umgesetzt werden kann, braucht es im Amt für Informatik einen zentralen Pool an IT-Fachkräften, der die Projektleitung und Business-Analysen durchführen sowie den sicheren Betrieb der Basisdienste gewährleisten kann. Zudem müssen die Verwaltungsmitarbeitenden sensibilisiert und befähigt werden. Schliesslich soll die Kommunikation sowie die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Dienstleistungsbereich intensiviert werden. Die Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024-2028 soll konsequent, rasch und flächendeckend in der kantonalen Verwaltung umgesetzt werden. Die erfolgreiche Umsetzung der Strategie, der nachhaltige Betrieb und die Weiterentwicklung des digitalen Bereiches erfordern zusätzlich finanzielle und personelle Ressourcen. Gesamthaft sind für die Realisierung der in der neuen Strategie verankerten Ziele und Massnahmen 45,6 Stellen sowie finanzielle Mittel im Umfang von brutto 35 Millionen Franken über einen Zeitraum von fünf Jahren notwendig. Sie werden dem Grossen Rat im Rahmen eines Verpflichtungskredits beantragt. Die notwendigen Stellenschaffungen sollen vom finanzpolitischen Richtwert Nummer 6 betreffend die Lohnsumme ausgenommen werden. Ein Grossteil der neu zu schaffenden Stellen soll beim Amt für Informatik angesiedelt werden, das künftig die Departemente und Dienststellen bei der Umsetzung der Digitalisierungsprojekte verstärkt unterstützen wird. Des Weiteren soll im Departementssekretariat des Departementes für Finanzen und Gemeinden eine Stabstelle Digitale Verwaltung geschaffen werden, welche insbesondere für die departementsübergreifende strategische Planung und Koordination der digitalen Transformation zuständig sein wird. Sie ersetzt die bisherige bei der Standeskanzlei angesiedelte Fachstelle E-Government. Schliesslich sind in den Departementen und in der Standeskanzlei Digitalisierungsverantwortliche vorgesehen, welche für die digitale Transformation in ihren Organisationseinheiten verantwortlich sind und die Dienststellen bei der Vorbereitung und Umsetzung von Projekten unterstützen.

Die fortschreitende digitale Transformation verändert Arbeitsweisen, Gewohnheiten und Bedürfnisse. Bevölkerung, Unternehmen und die Politik erwarten, dass die staatlichen Dienstleistungen und Informationen orts- und zeitunabhängig zur Verfügung stehen. Besonders im weitläufigen Kanton Graubünden ist es wichtig, dass diese Dienstleistungen überall und immer einfach zu

nutzen sind und die Effizienz erbracht werden. Darüber hinaus macht auch der technologische Wandel die digitale Verwaltung nötig. Um den Anschluss nicht zu verlieren und die attraktiven Rahmenbedingungen zu bieten, müssen die nötigen Weichenstellungen vorgenommen und die entsprechenden Investitionen getätigt werden. Die Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024-2028 ist die Grundlage dafür und deshalb für Gesellschaft und Wirtschaft sowie für eine erfolgreiche Zukunft des Kantons Graubünden von grosser Bedeutung. Soweit die Übersicht in Kürze.

Die Kommission für Staatspolitik und Strategie hat den Bericht zur Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024-2028 am 30. Oktober 2023 ausführlich und kritisch durchberaten. Dabei hat uns Regierungsrat Bühler die Grundsatzüberlegungen präsentiert und die wesentlichen Elemente der Strategie in einer Präsentation dargelegt. Die KSS hat ihrerseits kritische Fragen gestellt, vor allem zum Variantenentscheid, zum Personal, zu den Finanzmitteln und zum Wirkungsfeld. Alle Fragen wurden ausführlich diskutiert, beraten und auch beantwortet. Am Ende des Tages war die Kommission überzeugt, ausser bei einigen Differenzen, dass dieser Bericht sehr gut verfasst ist und der richtige Weg zur digitalen Verwaltung unseres Kantons ist. Die Kommissionsmitglieder der SVP haben den Antrag 2 abgelehnt und laut Protokollierung kann es so interpretiert werden, dass die Kommissionsminderheit den Kredit als solches ablehnt. Dies ist aber nicht der Fall, wurde auch so in der Kommission diskutiert. Sie fordern einzig, dass dieser Kredit dem Finanzreferendum untersteht. Weiter hat die Kommission mit der Regierung einen Antrag gestellt, der die jährliche Berichterstattung regelt. Hier wird die Regierung beauftragt, im Rahmen der jährlichen Berichterstattung an den Grossen Rat zum Jahresprogramm bei der Erfolgskontrolle über den aktuellen Umsetzungsstand zu berichten und namentlich die Effizienzsteigerung sowie deren mittel- und langfristiges Einsparungspotenzial aufzeigen. Anhand der Berichterstattung hat so der Grosse Rat jedes Jahr die Möglichkeit, Anpassungen zu machen.

Sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte, ich bitte Sie im Namen der Kommission, auf den Bericht einzutreten und unseren Empfehlungen zu folgen. Ich gebe nun das Wort zurück an unseren Standespräsidenten.

Standespräsident Caluori: Das Mikrofon ist offen für weitere Mitglieder der Kommission. Grossrat Morf, Sie haben das Wort.

Morf: Wir führten in der Kommission für Staatspolitik und Strategie eine intensive, aber schliesslich sehr wertvolle Diskussion betreffend die Umsetzung der Strategie digitale Verwaltung 2024-2028 des Kantons Graubündens. Die uns präsentierten Ambitionsniveaus oder zu Deutsch Varianten Grundlagen, Beschleunigung und Transformation wurden von allen Kommissionsmitgliedern auf Machbarkeit, Kosten und Wirksamkeit geprüft und auch kritisch hinterfragt. Wie Sie bereits von unserem Kommissionspräsidenten Rico Lamprecht gehört haben, hat die beantragte Variante Beschleunigung die KSS und damit auch die Kommissionsvertreter der SVP

überzeugt, dass wir dem Rahmen-Verpflichtungskredit von brutto 35 Millionen Franken zustimmen. Die von der SVP zusätzlich eingebrachte Ergänzung der jährlichen Berichterstattung der Erfolgskontrolle bezüglich Effizienzsteigerung an den Grossen Rat rundet dieses Vorhaben ab.

Wo die Kommissionsmitglieder der SVP nicht einverstanden sind, ist die Tatsache, dass dieser Beschluss nicht dem Finanzreferendum untersteht. Das Finanzreferendum ist eine spezielle Form des Volksentscheids, und zwar des bestätigten Referendums. Es dient dazu, das Finanzgebaren der öffentlichen Hand an den Wünschen der Bürgerinnen und Bürgern zu orientieren und dadurch zu einer nachhaltigen Finanzpolitik zu kommen. Es erlaubt den Bürgerinnen und Bürgern, unmittelbar über einzelne finanzwirksame Beschlüsse ein Vetorecht auszuüben. Von Befürwortern wird das Finanzreferendum daher als ein wichtiger Schritt zur weiteren Vertiefung der Demokratie angesehen. Mehrere Studien haben gezeigt, dass das Finanzreferendum die Sensibilität der Bürger für die öffentliche Investitionstätigkeit fördert und kantonale Ausgaben zwischen 3 und 5 Prozent reduziert. Die Kommissionsmitglieder der SVP, nochmals zusammenfassend, unterstützen die Umsetzung der Strategie digitale Verwaltung 2024-2028 mit dem Ambitionsniveau Beschleunigung. Betreffend das Finanzreferendum ziehe ich den Antrag zurück und verfasse diesbezüglich keinen neuen Antrag.

Cahenzli-Philipp: Die Strategie digitale Verwaltung 2024-2028 folgt auf die Ende Jahr auslaufende E-Government-Strategie und will die verbindliche Beschleunigung der digitalen Transformation entschlossen vorantreiben. In der Beratung der KSS wurde deutlich, die Regierung hat ein sehr grosses Interesse daran, mit dem digitalen Umbau der Verwaltung vorwärtzumachen, und die Mitglieder der Kommission ebenso. Das zeigte sich in einer engagierten Debatte, und man wurde sich einig darin, auch z. B. den von der SVP eingebrachten Antrag über die Ergänzung zur jährlichen Berichterstattung zu unterstützen.

Auf Seite 160 des Berichts wird die Vision einer digitalen Verwaltung als Landkarte dargestellt. Die Vision, gemeinsam und in der Vielfalt stark auch im digitalen Raum, wird in den nächsten Jahren uns als Kompass dienen. Der Kompass, ein Kompass zeigt die Richtung auf, zeigt den Weg auf, zeigt hier den Weg zur digitalen Transformation und den damit verbundenen technologischen, organisatorischen und eben auch kulturellen Wandel. Mir scheint, es ist eine anspruchsvolle Route, die gewählt wurde. Die Route heisst Beschleunigung. Sie wird von allen Beteiligten Trittsicherheit, Ausdauer, genügend Ressourcen und einen guten Teamgeist abverlangen. Dass der Wandel nun beschleunigt angegangen werden soll, das ist unbestritten. Das wurde in der Oktobersession 2023 mit vielen unterstützenden Voten in diesem Rat deutlich, und die Bevölkerung und die Wirtschaft, die warten auf das digitale Leistungsangebot. In der heutigen Debatte, Sie wissen es, wird ein Antrag eingereicht, die Route noch etwas steiler zu wählen, gar eine Direttissima zu planen. In der Kommissionssitzung haben wir auch mit der Variante Transformation geliebt-

äugelt. Das gebe ich zu. Zu verlockend schien es, beherzt mit der ganz grossen Kelle anzurühren, mutig voranzugehen. Doch die Argumente der Regierung, die für die Variante Beschleunigung sprechen, haben dennoch zumindest mich und die Mehrheit der Kommission oder die ganze Kommission überzeugt. Warum? Es geht um Sicherheit vor Tempo, um Fortschritt statt Überhitzung und mögliches Scheitern. Es geht um eine realistische Einschätzung der Ressourcen im Wissen um die grosse Herausforderung, überhaupt genügend Fachkräfte zu finden. Und schliesslich um die Erkenntnis, die sachliche Erkenntnis, dass der Mehrwert der schnelleren Variante, und das umfasst vor allem den Bereich der Open Data, dass dieser Bereich zurzeit vom Bund erarbeitet und eben auch mit Standards versehen wird und es darum sinnvoll und plausibel scheint, diese Entwicklung vorderhand genau zu beobachten und die Erkenntnisse daraus dann zu gegebener Zeit in die Vorlage einzubauen. Ich empfehle Ihnen, eine Route zu wählen, die unseren Möglichkeiten und Ressourcen, die dazu passt, die stetig und sorgfältig beschritten werden kann. Die Route Beschleunigung wird dem Personal und allen Verantwortlichen sehr viel abverlangen, doch ich bin zuversichtlich, sie führt uns ans Ziel, auch wenn wir alle heute kaum wissen, wie die digitale Welt nur schon in vier Jahren aussehen wird. Was wir jedoch sicher wissen, ist, dass die zusätzlichen Personalressourcen für die Zielerreichung unerlässlich sind und somit die Ausnahme vom Richtwert 6 gerechtfertigt ist. Ich bin für Eintreten und bitte Sie, den Anträgen der Kommission und der Regierung gemäss Protokoll zuzustimmen.

Michael (Donat): In der Botschaft zur Strategie digitale Verwaltung auf Seite 130 wird die Vision dieses Projektes erwähnt, gemeinsam und in der Vielfalt stark auch im digitalen Raum. Diese Vision wird auch in den beiden Anhängen der Botschaft prominent wiederholt. Kollegin Cahenzli hat eben auch darauf hingewiesen. Auch im digitalen Raum ist die Verwaltung nah bei den Menschen und berücksichtigt die vielfältigen Bedürfnisse von Bevölkerung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in den verschiedenen Regionen und Sprachen. Auch dies ist ein Zitat aus der Botschaft. Für mich, der den persönlichen und direkten Austausch ganz klar bevorzugt und als Bauer auch heute noch grössere Geschäfte am liebsten mit einem Handschlag abschliesst, ist diese Vision sehr ambitioniert und vielleicht nicht ganz fassbar. Trotzdem passt diese Vision hervorragend zu unserem Kanton, ist absolut zeitgemäss und auch dringend notwendig. Wenn es der Verwaltung tatsächlich gelingt, auch im digitalen Raum nah bei den Menschen zu sein und die Bedürfnisse der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen, ist die Umsetzung der digitalen Strategie absolut gelungen.

In der Beratung dieses Geschäftes in der Kommissions-sitzung konnten wir feststellen, die Verwaltung ist auf gutem Wege dazu. Die vorliegende Botschaft vermag mich zu überzeugen. Vor allem der zweite Anhang, Umsetzung und Mittelbedarf, geht vertieft auf die Umsetzung ein. Mich haben auch die anwesenden Fachleute, die für die Umsetzung verantwortlich sind, überzeugt. Damit die erwähnte Vision so rasch wie möglich erreicht

wird, wollten wir Vertreter der Mitte in der Kommission aufs Tempo drücken. Wir wären bereit gewesen, der Verwaltung mehr Fachkräfte zur Verfügung zu stellen und in diesem Falle logischerweise auch mehr finanzielle Mittel. Konkret wollten wir uns für das Ambitionsniveau Transformation einsetzen. Der Regierungsrat und die Anwesenden haben sich für das Angebot ganz klar bedankt. Sie haben aber auch uns mit aller Deutlichkeit aufgezeigt, dass dieses Niveau technisch und personell gar nicht umsetzbar sei. Mit ihren Aussagen haben Regierungsrat und eben diese Spezialisten auch uns überzeugt. Daher haben wir ja auf diesen Antrag verzichtet und empfehlen Ihnen, die Kommission und die Regierung beim Antrag zur Umsetzung der Strategie auf Ambitionsniveau Beschleunigung zu unterstützen. Ich freue mich auf diese Debatte und danach auch auf die Umsetzung für ein digitales Graubünden.

Brunold: En questa sessiun debattein nus sur da treis grondas fatschentas, cun las qualas nus savein influenzar il futur da nies cantun. Per l'ina havein nus grad avon cuort decidu davart ina reducziun dalla taglia per persunas natiralas. Il tema reducziun da taglias vegn era ad esser ina tematica egl onn proxim. Vinavon vegin nus a discussiunar cul rapport dallas structuradas vischnauncas davart ils resultats dallas fusiuns e las restructuraziuns tier las vischnauncas. E la tiarza gronda fatschenta ei la strategia digitala dall'administraziun grischuna per ils onns 2024 entochen 2028. Quella tractandain nus ussa. Il president dalla Cumissiun per politica da stadi e strategia, Rico Lamprecht, ha dau a Vus ina buna survesta dalla fatschenta. Bugen drezzel jeu era entgins plaids tier l'entrada en quella fatschenta. Il cantun Grischun ha ils davos onns mess sin via entgins gronds projects per reformar il cantun. La finamira da quellas refuormas ei da tschentar si il cantun aschi bein sco pusseivel per il futur. Tier quels projects saudan denter auter las investiziuns ella formaziun cun in niev campus per la scol'aula professiunala FHGR. Vinavon han il Cussegl grond e la Regenza mess cun il Green Deal bunas premissas, per che nus savein realisar in bien svilup ella persistenza cun effects positivs sin l'ecologia, l'economia e la societad. Era nies sistem giuridic havein nus empruau da migliurar entras la reformaziun dallas dertgiras. Tier la mobilitad havein nus medemamein fatg gronds pass anavon, quei ton tier il traffic public sco tier las colligiaziuns per il traffic motorisau. E lu datti aunc in grond tema che la politica grischuna ha priu a mauns: la digitalisaziun. Ella sessiun digl october 2023 ha il Cussegl grond approbau la nova Lescha davart l'administraziun digitala. Cun quella lescha havein nus definiu la reglas digitalas per noss'administraziun digitala. Tochen ussa ei quella lescha denton mo teoria. Ussa drova ei carn vid l'ossa. La carn, quei ein las finanzas e las resursas da persunal. Per accelerar la digitalisaziun dall'administraziun propona la Regenza d'investar 35 milliuns francs e scaffir 45,6 novas plazzas. Sin fundament dalla summa proponida signalisescha la Regenza, ch'ella ei pronta da metter entuorn la digitalisaziun dall'administraziun cantunala aschi spert sco pusseivel. La finamira ei clara: Da quella investiziun duein noss burghais e nossa economia profitar. La digitalisaziun ed automatisaziun ein era dus dils

paucs instruments che nus havein per tener pètg alla munconza da forzas da lavur e persunal dil fatg. La munconza da persunal ei in fetg impurtont argument per l'investiziun ella digitalisaziun.

In sa sedumandar: Ei quei memia bia, memia pauc, ni grad endretg? Ella cumissiun essan nus s'occupai intensivamein cun il project da digitalisaziun, cun la damonda dil tempo e cun la summa d'investiziun. Igl ei spert stau clar: Il szenario da «basa» (Grundlagen) fuss memia plauns. Persuenter havein nus discussiunau intensivamein denter ils szenaris «acceleraziun» (Beschleunigung) e «transformaziun». Ils representants dalla fracziun dil Center – quei ha deputau Gian Michael gia menziunau – han activamein provocau ina discussiun, sch'il szenari transformaziun fuss buc pli prudent ch'il szenari acceleraziun. Nus ed ils collegas da cumissiun havein schau perschader dils experts, ch'il szenari «acceleraziun» ei pli prudents e realistics. Sch'ils experts recamondan a nus claramain il szenari «acceleraziun», lu stuein nus haver la confidanza en els. Perquei, la finala ston ils experts ed ils emploiai cantunals realisar ella pratica quels projects. Il pensum dil Cussegl grond eis ei da dar avon la direcziun e las finamiras, decider sche la via proponida dalla Regenza fa senn, schar realisar il project e la finala ha il Cussegl grond il pensum da controllar, sch'il project ei realisau en nies senn ni buc. Quei che nus astgein era buc emblidar ei, che la strategia per l'administraziun digitala vala per ils onns 2024 entochen 2028. Jeu sun perschadius, che la strategia digitala ei aunc buc realisada cumpleinamein el 2028. Nus vegin a duvvar ina strategia digitala che cuntinuescha la lavur per ils onns 2029 ed ils suandonts. In clar messadi vul jeu denton dar a Vus, signur Cussegliev guvernativ Martin Bühler: Percass che Vus e Vos collaboratur el sector digital vesis, ch'il project da digitalisaziun vegn pli spert vinavon che planisau, e sche Vus vesis che Vus duvreis forse pli baul daners per metter entuorn quel, vegni cun quella fatschenta el Cussegl grond. La fracziun dil Center ei aviarta per sustener buns project da digitalisaziun. Nossa fracziun vul che la digitalisaziun dall'administraziun cantunala vegn realisada aschi spert sco pusseivel. Preziadas collegas, preziai collegas. Jeu supplicheschel Vus d'entrar en la fatschenta. Silsuenter supplicheschel jeu Vus da suandar la proposta dalla maioritad dalla cumissiun ed approbar il szenari «acceleraziun» cun 35 milliuns francs e 45,6 evquivalent da piazzas cumpleinas.

Michael (Castasegna): Il quadro per l'attuazione della strategia dell'Amministrazione digitale è stato posto durante l'ultima sessione. Nella sessione di ottobre 2023 abbiamo deciso la legge che era, evidentemente come sono le leggi, una materia abbastanza asciutta. Adesso, oggi, discutiamo e dovremmo approvare la proposta che invece contiene i contenuti, quindi la strategia: come agiamo per poter fare in modo che l'Amministrazione cantonale possa offrire dei servizi professionali in forma digitale? Abbiamo una strategia da discutere, conosciamo che cosa costa, conosciamo che cosa è necessario per poter attuare questa strategia, a differenza della decisione che abbiamo preso qualche anno fa sulla messa a

disposizione di un fondo di 40 milioni per la digitalizzazione, dove ancora non si sapeva bene in che direzione si voleva andare. Quindi questo passaggio a nostro avviso, a mio avviso è un passaggio importante: abbiamo ora una strategia sulla quale basarci. All'interno della Commissione strategica e di politica statale questa strategia non è stata assolutamente messa in discussione, anzi si è discusso di seguire la raccomandazione del Governo, ma si è discusso anche se fosse possibile andare oltre. Quindi maggiori costi, più personale da impiegare per poter realizzare gli obiettivi. La Commissione ha poi seguito la raccomandazione del Governo, in quanto la proposta sembra attuabile, meglio attuabile, e comporta qualche rischio in meno. Dobbiamo renderci conto che una trasformazione digitale di un'Amministrazione cantonale che è molto ampia, che è molto lunga ma che poi di conseguenza significa anche una trasformazione digitale dei servizi e delle prestazioni che il Cantone offre ai comuni, ai cittadini eccetera, è un processo molto ampio, molto lungo, molto difficile, pieno di ostacoli. La Commissione strategica e di politica statale è assolutamente convinta che sia il momento giusto di attuare una strategia, una strategia coraggiosa, una strategia con degli obiettivi molto ambiziosi. Per questo motivo non mette in discussione la proposta fatta. Esistono però anche dei punti critici o dei pericoli in un'attuazione del genere: da un lato il fatto che i cittadini, gli utenti, ma anche chi lavora all'interno di questa Amministrazione vengono staccati, quindi non riescono a seguire il ritmo, non riescono a utilizzare gli strumenti nuovi. A questo scopo bisognerà fare in modo che gli strumenti sviluppati siano possibilmente semplici, siano utilizzabili da tutti, indipendentemente dalla formazione, dalle competenze, dall'età, dalla capacità e sicuramente sarà una sfida. L'altro aspetto di pericolo lo discuteremo anche più avanti con il prossimo oggetto all'ordine del giorno, quindi la situazione relativa allo stato di salute dei comuni, delle nostre istituzioni comunali; quindi l'altro aspetto è la capacità con le strutture attuali che abbiamo di assorbire e di far fronte a questo cambiamento. Quindi anche da questo punto di vista dovremo fare un po' di esperienza, dovremo capire cosa è fattibile e che cosa non è fattibile oppure come bisogna intervenire per mettere in atto la strategia. Un altro aspetto di pericolo è che spesso un ammodernamento, un'automatizzazione di processi, di contenuti in forma digitale, ha anche portato a un aumento della burocrazia, a un aumento delle richieste, dei documenti, delle informazioni da raccogliere e da questo punto di vista la Commissione ha ottenuto da parte del Consigliere di Stato Bühler la rassicurazione che non si intende assolutamente andare a rendere più complesso e ad aumentare la burocrazia. Questo è un punto sul quale cercheremo, o cercherò anche io personalmente, di stare molto attento che questo non avvenga. Più possibilità digitali, non significano un aumento della burocrazia e dei documenti da raccogliere, se no usciremmo tutti perdenti da questo cambiamento. Termino confermando che io sono assolutamente a favore dell'entrata in materia e sono assolutamente a favore dell'approvazione della raccomandazione del Governo che riguarda il modello «accelerazione» per la trasformazione digitale a livello di strategia.

Rettich: Das vorliegende Geschäft zur Strategie digitale Verwaltung Graubünden 2024-2028 ist für unseren Kanton essenziell. Der Kanton Graubünden ist in Sachen Digitalisierung beziehungsweise digitale Transformation im schweizweiten Vergleich nicht abgehängt. Das ist erfreulich, jedoch sind wir auch kein Vorreiterkanton in Sachen Digitalisierung. Tatsächlich ist das aber nicht schlimm, sondern meines Erachtens vernünftig, denn die vom Kanton geplante Strategie bewegt sich auf mehreren Stufen. Ich verstehe, dass viele, was die Digitalisierung betrifft, vorwärts machen wollen. Das will ich auch. Grossrat Hohl hat aber vor einigen Sessionen einmal passenderweise gesagt, der Grosse Rat habe hier 40 Millionen Franken für die Digitalisierung gesprochen ohne zu wissen, wofür. Heute würde er das nicht mehr tun. Wir können auch jetzt mehr Geld sprechen und ein Zeichen setzen. Die Kommission war sich jedoch einig, damit würden wir keinen Mehrwert schaffen, denn unser Kanton ist noch nicht fit genug, um bereits jetzt zwei Stufen zu überspringen. Wir müssen Stufe für Stufe nehmen und auf der ersten Stufe zunächst einmal solide Grundlagenarbeit leisten und gleichzeitig müssen wir schauen, was der Bund macht, denn dort passiert gerade extrem viel. Und jene Leistungen, welche der Bund für uns erbringen wird, müssen wir selbst nicht erarbeiten und können uns dort Zeit und Geld sparen. Zudem wäre es reine Ressourcenverschwendung, wenn wir jetzt eigene Lösungen erarbeiten, welche dann nicht mit denen des Bundes kompatibel sind und wir dann allenfalls anpassen oder rückgängig machen müssten. Es lohnt sich also hier tatsächlich, Stufe für Stufe zu nehmen. Und machen Sie sich keine Sorgen: Wenn wir schneller unterwegs sind, dann wird Regierungsrat Bühler schon auf uns zukommen und die Ressourcen anfragen, welche er dann benötigen würde.

Es gibt aber nicht nur verschiedene Stufen bezüglich der Zeit, es gibt auch unterschiedliche Stufen in Bezug auf das Personal, und zwar wird es für den Erfolg dieser Strategie unabdinglich sein, gut ausgebildetes Fachpersonal im IT-Bereich zu finden. Das wird bereits herausfordernd. Eine weitere Stufe, eine aus meiner Sicht mindestens ebenso wichtige Stufe wird es sein, das bestehende Personal abzuholen und in dieser Entwicklung mitzunehmen. Denn das kantonale Personal ist der zentrale Faktor, welcher über das Gelingen oder Scheitern der digitalen Transformation im Kanton Graubünden entscheiden wird. Schaffen wir es, sie einzubinden und allfällige Ängste vor Veränderung zu minimieren, erhöhen wir deren Engagement und tragen zum Gelingen der kantonalen Strategie bei. Wir brauchen also neues Personal und wir müssen unserem bisherigen Personal Sorge tragen. Und wir müssen uns dabei bewusst sein, dass das kantonale Personal bereits jetzt mit vielen, riesigen Projekten belastet ist. Denken Sie beispielsweise nur an den Green Deal. Wir müssen aufpassen, dass wir es nicht überlasten. Im Gegenteil, wir müssen es angemessen schulen und weiterbilden und einen hohen Wert auf gute Führung unseres Personals legen. Und eines ist mir noch wichtig: Es wäre Utopie, zu glauben, dass wir die neu geschaffenen Stellen in einigen Jahren wieder abbauen können. Die digitale Transformation bedeutet nämlich nicht, wie oftmals fälschlich angenommen, weniger

Arbeit. Sie bedeutet bessere und vereinfachte Angebote für die Bevölkerung und einfachere Prozesse für das ausführende Personal. Die Pflege und Instandhaltung dieser Angebote, die erfordert aber ebenfalls Personal, und wenn wir wollen, dass diese Entwicklung Erfolg hat, dann dürfen wir jetzt nicht den Fehler machen, direkt schon Stellen einsparen zu wollen. In den kommenden Jahren werden diverse Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung pensioniert. Durch natürliche Fluktuation werden wir also eine Lastenverschiebung bei den kantonalen Aufgaben erreichen. Wo und wie sich diese ergeben wird, das müssen wir beobachten. Hier bereits etwas vorwegzunehmen, das wäre voreilig und willkürlich. Selbstverständlich werden wir die Wirkung dieser Strategie überprüfen müssen und dann über Sinn und Unsinn der getroffenen Massnahmen entscheiden. Welche Substituierungseffekte sich dann effektiv einstellen werden, darüber können wir heute aber nur spekulieren. Wichtig ist, dass wir die Regierung heute befähigen, ihre Strategie zur digitalen Verwaltung mit Nachdruck umzusetzen und in den kommenden Jahren ein wachsames Auge auf dieses Projekt haben.

Die SP unterstützt die digitale Transformation. Teile unserer Partei werden die von der KSS und der Regierung vorgeschlagene Strategie Beschleunigung, andere Teile die Variante Transformation unterstützen. Die notwendige Lohnsummenerhöhung für die Schaffung der insgesamt noch 58,9 Vollzeitstellen vom finanzpolitischen Richtwert Nummer 6 betreffend die Lohnsumme auszunehmen, diese Ausnahme aber bis Ende 2032 zu befristen, das lehnt unsere Fraktion jedoch geschlossen ab.

Saratz Cazin: Il chantun Grischun voul cun la strategia da l'administraziun digitela fer ün grand pass i'l svilup da sias prestaziuns per nossa societad dad ozendi. La digitalisaziun es senza dubi üna fich granda schanza per nos chantun. Ma nus vains eir già udieu da divers collegs e collegas cha quist ho eir ün u l'oter prievel. Nos chantun ha auncha lavur davaunt se concernant la digitalisaziun. E que's da fer inavaunt cun schlauntsch per pudair recuperar tscherts retards da l'administraziun in quist regard e per gnir ad üna situaziun adequata e giavüscheda. La cumischion ho, sco cha vainsa già udieu discuss intensivmaing scha l'acceleraziun es suffizainta per rabler quel pass u scha la transurmaziun es necessaria per raiundscher quel böt. A la fin es la cumischion gnida a la conclusiun, cha que nu güda ad üngün, sch'il program determino dal parlamaint surdumanda ad ün sistem inter. Ils collegs Retich e Michael haun manzuno l'importanza da piglier cun se las collavuraturas ed ils collavurats e dad avoir il temp per il svilup da la cultura interna da l'administraziun. La temma ed il prievel cha la transurmaziun possa causer üna surdumanda tela da l'administraziun chantunela e cha ella nun es pussibla da gnir missa intuorn, causa la manchaunza dal persunel necessari pera güstificheda ed uschè pudess la transurmaziun a la fin dals quints causer ün regress impè dal progress giavüscho. Perque sun eir eau persvasa cha l'acceleraziun es la güsta via per quel svilup da nossa administraziun.

Koch: Wie bereits einleitend erwähnt ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass wir hier einen Schritt weitergehen sollten und dass wir eben die Variante Transformation mit der entsprechenden Stellenerhöhung und Lohnsummenerhöhung auch bewilligen sollten. Warum sind wir zu dieser Meinung gekommen? Zuerst vielleicht ein paar Worte und Gedanken zur Botschaft selbst. Wir sind der Meinung, die Botschaft selbst kommt gut daher. Die Botschaft ist gut ausgearbeitet. Die Botschaft gibt uns eine gute Grundlage für eine fundierte Debatte hier in diesem Rat. Etwas schlecht hingegen finden wir die Verbindung der Anträge, die schlussendlich die Variante fix mit den Stellen und mit dem Budget zusammenbringt. Wir haben hier keine Möglichkeit mehr, detailliert auszuwählen, was wollen wir bestellen und was nicht. Und hier komme ich eigentlich schon zum Kernelement der Botschaft.

Wenn wir uns ab Seite 187 die Tabellen mit den Auflistungen ansehen, was wir denn in welcher Variante bestellen und wie wir vorgehen, so sehen wir eigentlich, was wir verpassen, wenn wir jetzt hier nicht den Mut haben, die Variante Transformation zu wählen. Kollegin Cahenzli hat gesagt, es geht insbesondere um den Bereich Open Data. Aber es geht eben nicht nur um den Bereich Open Data, und das sehen Sie auf Seite 198 bei der Datendrehscheibe und dem Stammdatenmanagement. Ein essenzieller Punkt, den wir nur erreichen in der Variante Transformation und den eben auch die Regierung hier so beschreibt, dass damit Redundanzen und Fehleranfälligkeiten vermieden werden, die Möglichkeit zur Anbindung der Gemeinden sowie Kantone und des Bundes sichergestellt wird. Nach meiner Meinung, wenn wir von Digitalisierung sprechen, und zwar egal auf welchem Level, ein ganz, ganz, ganz entscheidender Punkt. Ich als Kunde will meine Daten einmal erfassen. Ich will sie eben nicht redundant erfassen müssen. Ich will Fehler eliminieren. Ich will, dass meine Daten richtig interpretiert und kombiniert werden und ich will, dass alle Leistungspartner die Möglichkeiten der Anbindung an diese Daten erhalten. Das ist für mich ein zentraler Punkt, wenn wir heute der Bevölkerung die Digitalisierung der nächsten fünf Jahre versprechen, und das machen wir mit dieser Strategie. Wir gehen hin und sagen, das möchten wir und da möchten wir hingehen. Wenn ich das dann in den Kontext stelle mit der Begründung der Regierung, warum sie den Variantenentscheid für richtig hält, dann bin ich der Meinung der Regierung, Niveau Grundlagen würden die Forderungen weder des Grossen Rates noch der Bevölkerung, der Wirtschaft, erfüllen. Richtig, korrekt. Wenn ich dann aber lese, beim Ambitionsniveau Transformation bestünde das Risiko einer Überbelastung der Organisation durch die schwer zu bewältigenden Digitalisierungsschritte, dann sprechen wir hier von einem Risiko. Wir gehen tagtäglich gewisse Risiken ein. Wir machen immer eine Abwägung bei jedem Risiko: Eintretenswahrscheinlichkeit, mögliches Schadensausmass, immer die gleiche Herangehensweise. Und da muss ich Ihnen hier sagen: Eintretenswahrscheinlichkeit auf einer Skala von eins bis zehn: vielleicht eine Fünf. Ist aber genau gleich hoch, wenn wir von Beschleunigung sprechen. Diese Stellen mehr machen es nicht mehr aus. Entweder haben

wir das Problem und sind nicht attraktiv genug, um diese Personen zu rekrutieren, dann haben wir das auch bei den 45 Stellen der Beschleunigung, oder wir sagen eben, wir akzeptieren das und wir gehen das Risiko ein. Mögliches Schadensausmass, Kollege Gian Michael hat es ausgeführt, er glaubt, oder ich glaube, es war Kollege Gian Michael, er glaubt sowieso nicht dran, dass diese Strategie hier abgeschlossen sein wird, dass wir diese Ziele erreichen werden. Ich glaube das auch nicht. Wahrscheinlich werden wir nochmals darüber diskutieren. Deshalb ist es auch wichtig, und das sehen Sie dann entsprechend auf Seite, ich glaube Seite 140 der Botschaft ist es, dass der VK eben keine zeitliche Beschränkung hat. Wenn wir also die Ziele, weil das Risiko respektive weil die Eintretenswahrscheinlichkeit halt höher fünf war, wir bekommen die Personen nicht, wir wollen die Organisation und die Personen aber nicht überfordern, dann muss die Regierung halt in langsameren Schritten vorwärtsgehen. Aber sie geht eben richtig auf diesem Weg, und das ist entscheidend, und das würden wir hier so machen. Dann brauchen wir länger Zeit, wie es ausgeführt wurde. Dann brauchen wir etwas länger Zeit. Der VK bleibt bestehen. Die Stellen bleiben bestehen. Kein Problem. Wir können das entsprechend so umsetzen.

Bereits 2018 hat die HTW, damals noch HTW, eine grössere Studie über den Stand der Digitalisierung der Wirtschaft in Graubünden durchgeführt. Und auch dort kam man bereits zum Schluss: Eines der zentralen Elemente sind die Daten und die Zusammenarbeit der Daten. In Bereichen, in denen wir Probleme festgestellt haben, insbesondere wieder im Bau, aber auch in der Tourismuswirtschaft haben wir in dieser Studie Problemfelder erkannt, waren es immer die Daten und deren Vernetzung, eben mit Dritten, mit Partnern, diese Daten zur Verfügung stellen zu können. Und hier sind wir klar der Meinung, wir wissen, was wir bestellen, wir haben diese Chance. Wir können es auch angehen, ohne dass wir die Organisation oder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überfordern. Wenn wir hier nun davon sprechen, dass es weder technisch noch personell umsetzbar ist, dann ist es keine Variante mit einem Risiko, sondern dann wäre es eine unmögliche Variante, und dann hätte es auch so beschrieben werden müssen. Und wenn wir nun hier sagen, wir müssen der Regierung vertrauen, Kollege Brunold, dann sind wir eben genau dieser Meinung. Wir müssen der Regierung hier vertrauen, dass sie den Weg richtig geht. Aber ich will jetzt eben, und ich bringe jetzt nochmals dieses Einzelbeispiel, ich gehe nicht alle Punkte durch, ich will diese Datendrehscheibe mit dem Stammdatenmanagement bestellen. Ich persönlich will genau das, und das bekomme ich nur in der Variante Transformation. Und wenn Sie jetzt sagen, die Regierung kann dann schon noch etwas umstellen, kann dann schon noch etwas machen, dann führt die Regierung nicht unseren Auftrag aus. Also da hätte ich dann doch Mühe damit, wenn wir jetzt Beschleunigung machen, und nachher macht dann Regierungsrat Bühler trotzdem, was er will, und macht eine andere Variante. Dann müssen wir uns dann wirklich nochmals über die Definition vom Auftraggeber, vom Besteller und vom

Umsetzer unterhalten hier drin. Also meine ich, ist es eben richtig und wichtig, diesen Weg zu gehen. Und Kollege Rettich, Sie haben Recht, wenn Sie sagen, wir haben natürliche Fluktuation in den Stellen in den nächsten paar Jahren. Wir sprechen ungefähr von 1,8 Prozent der Stellen, die wir hier limitieren, und ich finde eben, das ist richtig, wenn wir diesen Antrag mit einbauen und sagen, schaut, als minimalste Zielerreichung muss es doch möglich sein, 1,8 Prozent der Stellen durch Prozessoptimierungen zu optimieren, nicht mehr zu besetzen. Natürliche Fluktuationen, Personen, die gehen, wir brauchen diese dann nicht mehr. Das ist eine absolut minimale Zielerreichung, die ich meiner Bestellung mitgebe bei der Regierung und sage he, ihr müsst nicht wieder diese 54 Stellen abschaffen, die wir geschaffen haben. Das wird nie mehr möglich sein. Da bin ich Ihrer Meinung. Diese Leute werden wir brauchen und wahrscheinlich dann in Zukunft noch mehr von diesen Leuten. Aber wir müssen auch den Anspruch haben, in jedem Digitalisierungsprojekt hat man doch den Anspruch und sagt, ich muss besser und schneller werden. Das ist der Grund, warum ich das hier mache. Ich mache das nicht zum Selbstzweck in unseren Unternehmungen und sage, ich mache zum Selbstzweck Digitalisierungsprojekte, weil es mir Freude macht, sondern wir machen das, weil wir uns optimieren und weiterbringen möchten und weil wir einen Mehrwert für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für all unsere Kunden schaffen wollen. Aus diesem Grund machen wir das. Und wenn ich da dann hingehe und sage, ja, die minimale Zielerreichung muss doch sein, dass wir diese 1,8 Prozent der Stellen reduzieren können, dann meine ich, das ist ein sehr, sehr humanes Ziel, das wir hier der Regierung mitgeben und durchsetzen möchten. In diesem Sinne ist die SVP-Fraktion für die Variante Transformation mit den entsprechenden Beiträgen und Stellen, die es zu schaffen gilt, und ich freue mich auf die weitere Diskussion.

Hohl: Ich habe es bereits bei der Budget-Debatte erwähnt und möchte es auch hier wiederholen: In dieser Session packt die Regierung wichtige Themen für den Kanton Graubünden an und die FDP-Fraktion ist froh, zieht der Grosse Rat in groben Zügen auch mit. Bereits zum wiederholten Mal dürfen wir hier über die Entwicklung der digitalen Transformation innerhalb der kantonalen Verwaltung diskutieren, über die digitale Verwaltung. Und ja, heute kommt Butter bei die Fische. Der Grosse Rat hat sich einstimmig hinter den Auftrag zur Beschleunigung der digitalen Transformation in der kantonalen Verwaltung gestellt. Mit dem Gesetz über die digitale Verwaltung haben wir im Oktober 2023 die rechtlichen Grundvoraussetzungen geschaffen, die digitale Verwaltung nun auch konsequent vorantreiben zu können. Die FDP-Fraktion ist erfreut und der Regierung sehr dankbar, dass die ursprünglichen Bedenken und Vorbehalte gegen eine Beschleunigung der digitalen Transformation in der kantonalen Verwaltung, welche dem Grossen Rat bei der Beantwortung der damaligen Anfrage zur digitalen Transformation sowie des darauffolgenden Auftrags vorgelegt wurden, mittlerweile ad acta gelegt werden können. Die Regierung hat eingese-

hen, dass ein «weiter wie bisher», allenfalls etwas beschleunigt oder getrieben vom sich allgemein immer digitaler gestaltenden Umfeld keine Option ist.

Die Botschaft der Regierung und auch die neue Strategie bekommt von unserer Seite ein grosses Lob. Positiv zu werten ist aus unserer Sicht insbesondere die Anpassung der Organisationsstruktur, welche die Führung im Departement eines, und aus unserer Sicht auch des richtigen, Regierungsrates, ansiedelt, jedoch überdepartemental abgestützt ist. Zudem ist die neue Strategie eine wirkliche Strategie und nicht ein Aneinanderreihen von Projektchen. Positiv zu werten ist auch, dass wir heute in Bezug auf die Ambitionsniveaus lediglich zwischen Beschleunigung und Transformation diskutieren werden. Grundlage ist keine ernsthaft zu diskutierende Variante, denn die Frage ist nicht, ob wir tätig werden sollen, sondern, wie schnell und wie konsequent. Persönlich, und da spreche ich nicht die Mehrheitsmeinung der Fraktion an, habe ich sehr grosse Sympathien für das Ambitionsniveau Transformation. Im Detail werden wir das aber an entsprechender Stelle beim Antrag der SVP dann noch besprechen. Klar, die Umsetzung erfordert erhebliche Mittel. Aber diese sehen wir seitens der FDP als dringend nötige Investition und als alternativlose Chance für die Zukunft an. Denn das Ziel der digitalen Transformation ist, dass die kantonale Verwaltung ihre bestehenden, aber auch neue Aufgaben effizienter und effektiver wahrnehmen kann, damit wir für die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel gerüstet sind. Entsprechend wäre es auch wichtig, von der Regierung zu hören, welche Ziele sie sich setzt, die neu geschaffenen Stellen perspektivisch an anderen Orten kompensieren zu können, denn das ist klar unsere Erwartung. Die FDP-Fraktion freut sich, dass wir Gas geben und unseren Kanton endlich auf die digitale Spur bringen. Unser Rückstand ist bekanntlich schon gross genug. Wir sind für Eintreten.

Bettinaglio: Die digitale Strategie Verwaltung Graubünden 2024-2028 ist ein grosser Wurf mit signifikantem Mitteleinsatz. Vorab möchte die Mitte-Fraktion der Regierung danken, dass das mehrfach in diesem Rat geäusserte Anliegen einer Beschleunigung der Digitalisierung in der Verwaltung nun detailliert aufgenommen wurde. Aus Sicht der Mitte muss der digitalen Transformation eine hohe Priorität beigemessen werden. Aus den vorangegangenen Voten hört man, dass diese Meinung wohl der ganze Rat teilt. Mit der vorliegenden Strategie zeigt die Regierung nun auf, wie die digitale Transformation in der Verwaltung selbst gestaltet werden soll. Es soll ein Mehrwert geschaffen werden für die Bevölkerung. Es soll einfacher werden, mit den Behörden zu interagieren, und Dienstleistungen sollen nicht nur während den Büro-Öffnungszeiten verfügbar sein. Davon profitieren Unternehmen und die Einwohnerinnen und Einwohner gleichermassen. Es wird eine Herausforderung, die Strategie umzusetzen, und wir wissen heute bereits, dass die Umsetzung sicher über die Strategieperiode hinausgehen wird. Die Organisation und die Ansiedlung der Verantwortlichkeiten beim DFG erachtet auch die Mitte-Fraktion als richtig. Auch die Einbindung der Amtsstellen erachten wir als zweckmässig. Dennoch

wird diese Organisationsform sicher auch herausfordernd in der Umsetzung. Es muss ein gemeinsames Ziel aller Ämterstellen sein, die digitale Transformation innerhalb der Verwaltung voranzutreiben.

Die Diskussion dreht sich nun vor allem um die Wahl eines der zwei, eigentlich sind es drei, aber wir diskutieren um zwei Szenarien: Welche Marschrichtung, welches Tempo sollen wir einschlagen? Auch die Mitte-Fraktion wünscht sich eine rasch mögliche Umsetzung. Wir haben Nachholbedarf und möchten diesen nun so rasch als möglich wettmachen. In der Diskussion haben wir festgestellt, wie unsere Kommissionsmitglieder ausgeführt haben, dass bereits das Ambitionsniveau Beschleunigung sehr herausfordernd sein wird. Es macht deshalb keinen Sinn, die Erwartungshaltung derart hoch anzusetzen, und man weiss bereits heute, dass es so oder so nicht realisierbar ist. Kollege Koch und die SVP-Fraktion möchten nun insbesondere im Bereich der Daten die notwendigen Grundlagen schaffen. Er sieht das als zentrale Aufgabe an. Ich möchte ihm da nicht widersprechen, denn ich bin nicht der Digitalisierungsspezialist. Wenn er aber bei einer Strategie darauf pocht, dass da dann nichts mehr angepasst werden darf durch die Regierung, überschätzt er die Flughöhe beziehungsweise -tiefe der Strategie. Ich meine, wir geben hier die Stossrichtung mit der Strategie vor. Kollege Brunold hat von Vertrauen gesprochen. Diese Flexibilität müssen wir der Regierung gewähren, dass bei einem so grossen Projekt über einen so langen Zeitraum auch Justierungen vorgenommen werden können. Das betrifft nicht nur den Bereich Daten. Ich wünsche mir aber, dass Regierungsrat Bühler Ausführungen macht, wie die Regierung mit dem Thema Datenmanagement umzugehen gedenkt. Deshalb wird sich auch die Mitte-Fraktion der Regierung anschliessen und das beantragte Szenario Beschleunigung unterstützen. Wir sind auch der Meinung und bereit, da hat Kollege Brunold bereits Hand geboten, dass, wenn es wider Erwarten dennoch zügiger vorangeht und die personellen Ressourcen tatsächlich beschafft werden können, die Mitte offen ist, eine weitere Erhöhung des Marschtempo zu debattieren.

Gerne komme ich auch auf die zu schaffenden Stellen zu sprechen. Dieser Punkt beschäftigt sicher auch die Bevölkerung. Es werden 45,6 Vollzeitstellen beim Kanton geschaffen. Zudem nehmen wir die Stellen vom Richtwert Nummer 6 aus. Dies bedeutet, dass die Stellen zusätzlich geschaffen werden und nicht mehr kompensiert werden. Wir geben also einen Freipass von 45,6 Vollzeitstellen und einen zusätzlichen Verpflichtungskredit von 35 Millionen Franken. Liebe Regierung, damit ist eine ganz klare Erwartungshaltung verbunden. Die Mitte-Fraktion erwartet, dass damit tatsächlich ein signifikanter Schub innerhalb der Verwaltung erzielt wird. Wir erwarten deshalb auch eine ausführliche und detaillierte Darlegung des jährlichen Fortschrittes im Rahmen der Berichterstattung zur Erfolgskontrolle. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und wird die Anträge der Regierung zum Bericht Strategie digitale Verwaltung Graubünden 2024-2028 unterstützen.

Rageth: Die Digitalisierung muss rasch und konsequent vorangetrieben werden. Mit einem digitalen Graubünden

wird es noch attraktiver sein, in unserer peripheren Region zu leben, oder negativer formuliert: Nur so können wir überhaupt mittel- und langfristig mit dem Rest der Schweiz im Hinblick auf die Standortattraktivität mithalten, denn die Distanzen sind gross und digitale Dienstleistungen helfen uns, diese Distanzen zu überwinden und sie helfen, dass wir effizienter werden. Entsprechend ist das Ambitionsniveau Transformation wünschenswert. Klar ist, wir müssen grosse Acht darauf legen, dass damit die Maschinerie nicht überlastet wird. Doch gibt es eben mit dem Stammdatenmanagement wichtige Elemente im Ambitionsniveau Transformation, wie von Grossrat Koch vorgebracht, welche wir eben umsetzen müssen. Das sehe ich genau gleich. Wir müssen hin auf eine Transformation arbeiten.

Ich möchte auf zwei Punkte der Strategie eingehen. Erstens, die Mitarbeitenden: Unabhängig davon, welches Ambitionsniveau wir anstreben, gibt es aus meiner Sicht einen ganz wichtigen Schlüssel, und das sind eben die bestehenden Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung. Nur, wenn die Mitarbeitenden selbst mitziehen und diese auch mitgezogen werden, nur dann wird es uns gelingen, die Digitalisierung voranzutreiben. Entsprechend ist es sehr wichtig, dass diese Mitarbeitenden befähigt werden, diesen Weg der digitalen Transformation auch zu beschreiten. Es wird schwierig, wenn wir mit neuen externen ITlern etwas aufbauen, die Verwaltung damit aber abhängen. Diesem Aspekt wird in der vorliegenden Strategie noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das strategische Ziel 7 beispielsweise finde ich sehr wichtig. Es lautet: Befähigung der Dienststellen und verbindlicher Ausbau des digitalen Angebotes. Die Dienststellen definieren verbindliche Ziele und verfügen über die notwendigen Kompetenzen und Ressourcen zur digitalen Transformation. Dieses Ziel ist ganz wichtig. Jedoch bin ich etwas ernüchtert, wenn ich die Massnahme dazu lese. Es werden zwar Digitalisierungsverantwortliche je Departement installiert. Das ist wahrscheinlich gut. Aus meiner Sicht müsste man hier aber noch mehr machen und grössere Ausbildungsprogramme über die meisten Mitarbeitenden ratern lassen. Ausbildungsprogramme, welche digitale Skills, agiles Arbeiten lehren, Verständnis für die digitale Transformation schaffen, digitale Kompetenzen identifizieren usw. Eine Ausbildungs offensive quasi. In der Führungsentwicklung ist dies vorgesehen, wie wir in der Massnahme zum strategischen Ziel 12 lesen können. Doch ich meine, diese Personalentwicklungsmassnahme muss breiter angesetzt werden. Die Mitarbeitenden müssen fit dafür sein, diesen Weg der digitalen Transformation zu beschreiten und auch beschreiten zu wollen. Und wenn die bestehenden Mitarbeitenden in diese neue Rolle hineinwachsen, wird es uns auch helfen, die eine oder andere der beantragten Vollzeitstellen intern zu besetzen. Es besteht folgende Gefahr: Wenn wir knapp 50 oder 60 neue Personen ins System werfen und diese Personen müssen eine Veränderung herbeiführen, dann sehe ich die Gefahr, dass sie nicht akzeptiert werden in der Verwaltung, oder plakativ: Wir haben alteingesessene Verwalter und jetzt kommen die Neuen, die alles ändern möchten. Plakativ, wohlge- merkt. Die bestehenden Mitarbeitenden haben das beste Wissen über die bestehenden Prozesse, über juristische

Finessen usw., und die neuen Mitarbeitenden, das sind die Digitalisierungsexperten. Dieser Gap muss möglichst klein gehalten werden. Und ich wiederhole mich, eine Ausbildungsoffensive bei den bestehenden Mitarbeitenden wird uns stark helfen, den Weg der digitalen Transformation zu beschreiten und diesen Gap kleinzuhalten. Deshalb nochmals meine dringliche Bitte an die Regierung: Vergessen Sie nicht die Mitarbeitenden, befähigen Sie diese, schulen Sie sie und nehmen Sie die Mitarbeitenden auf die Reise mit, denn es sind schlussendlich diese Personen, welche die Digitalisierung in der kantonalen Verwaltung tragen werden.

Und zweitens möchte ich auf die Vision zu sprechen kommen. Die Vision einer Strategie, das ist ein Leuchtturm, auf welchen man hinarbeitet. Ob man den Leuchtturm jemals erreicht, das sei dahingestellt. Man marschiert aber auf dieses Licht des Turmes zu. Wenn ich im ersten Grundsatz der Vision nun aber den Satz lese: Die analogen Kanäle bleiben weiterhin geöffnet, wenn ich diesen Satz lese in einer Vision, dann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, stellen sich mir die Nackenhaare auf. Ich weiss, ich weiss, wieso dieser Satz drinsteht, und der Gedanke dahinter ist auch gut und wichtig. Neben den Mitarbeitenden darf auch die Bevölkerung nicht abgehängt werden. Das ist klar. Ich finde es aber falsch, wenn dieser Satz in einer Vision einer Strategie zur digitalen Verwaltung steht. Dieser Satz gehört aus meiner Sicht aus der Vision gestrichen. Unsere Vision sollte doch sein, dass alle kantonalen Prozesse digital sind und die gesamte Bevölkerung diese digitalen Prozesse auch versteht, oder nicht? Die GLP-Fraktion möchte grossmehrheitlich ein Ambitionsniveau Transformation und wird sich in der kommenden Abstimmung entsprechend verhalten.

Gredig: Ich hätte nicht gedacht, dass mir Kollege Koch einmal so sehr aus dem Herzen sprechen wird. Weniger Einigkeit zu diesem Thema hatten wir innerhalb unserer Fraktion. Aus diesem Grund spreche ich für den Teil der SP-Fraktion, der sich gegen Kommission und gegen Regierung und für den Antrag Koch ausspricht. Zur Erklärung unserer Uneinigkeit muss man festhalten, dass sich die Ausgangslage verändert hat. Während in der vorberatenden Kommission noch fast die Gefahr bestand, nicht einmal das mittlere Ambitionsniveau zu erreichen, kommt jetzt aus dem Rat der Antrag auf eine echte Transformation, und zwar zu Recht. Kollege Koch hat bereits sehr überzeugend dargelegt, weshalb bei der Digitalisierung gilt, wenn schon, denn schon. Seinem Votum gibt es demnach auch wenig hinzuzufügen. Trotzdem möchte ich nochmals kurz die Botschaft zitieren: Das Ambitionsniveau Transformation hat zum Ziel, die kantonale Verwaltung ganzheitlich, grundlegend und nachhaltig auf den Weg der digitalen Transformation zu führen. So ist die Chance da, dass wir auch die Mitarbeitenden der Verwaltung mitnehmen können und sich die Verwaltung als Ganzes transformieren kann. Und das ist genau, was wir brauchen. Im Gegensatz zum Szenario Beschleunigung werden nämlich im Szenario Transformation auch Aufgaben adressiert, welche die kantonale Verwaltung als Ganzes transformieren, und dabei geht es vor allem um das Thema Daten. Kollege Koch hat be-

reits verständlich erklärt, was wir in diesem Bereich verpassen, wenn wir uns nicht für das Ambitionsniveau Transformation und damit auch die Ausarbeitung einer Datendrehscheibe aussprechen. Dazu kommt, die kantonale Verwaltung erhebt eine Fülle von Daten. Diese Daten gehören aber nicht der Verwaltung, sie gehören nicht der Regierung und sie gehören auch nicht externen IT-Firmen, die mit der Verwaltung zusammenarbeiten. Diese Daten gehören der Bündner Bevölkerung und entsprechend müssen wir grundlegend digitalisieren, damit wir die nötigen Grundlagen schaffen, um diese Daten auch öffentlich zugänglich zu machen. Natürlich, Kollegin Cahenzli und Kollege Rettich haben Recht, wenn sie sagen, dass der Bund derzeit Standards erarbeitet. Wir müssen diesen Standards ja auch nicht vorgreifen, sondern schlicht und einfach unser Ziel so setzen, dass allen von vornherein klar ist, dass Daten das zentrale Thema sind bei der Digitalisierung.

Um eine ernsthafte Digitalisierung in der ganzen Verwaltung anzustreben, gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Entweder, man stärkt die Digitalisierungskompetenzen in den einzelnen Dienststellen, oder man schafft das nötige Wissen primär bei einer übergeordneten Stelle. Regierung und Kommission haben sich dazu entschieden, eine Stabstelle zu schaffen. Das kann man so machen. Stabstellen sind aber nur so gut, wie ihre Kompetenzen und Befugnisse es auch zulassen. Von daher also von unserer Seite die Bitte: Wenn wir unsere Verwaltung einer ernsthaften digitalen Transformation unterziehen möchten, dann geben Sie dieser Stabstelle auch die nötigen Mittel in die Hand, so, dass auch widerwillige Dienststellen früher oder später auf den richtigen Weg gebracht werden. Einen Hinweis zuletzt noch zum Argument von Regierung und Kommission, mit dem Ambitionslevel Transformation bestünde das Risiko einer Überbelastung der Organisation durch die schwer zu bewältigenden Digitalisierungsschritte: Wir können doch nicht bereits die Zielsetzung danach richten, ob wir dann die benötigten Leute wirklich finden werden und ob dann die Dienststellen wirklich motiviert sein werden für eine echte Transformation. Das sehen wir sowieso erst, wenn wir uns dieses ambitionierte Ziel gesetzt haben. Also, geschätzte Kolleginnen und geschätzte Kollegen, seien Sie mutig, setzen Sie der Regierung hohe Ziele, haben Sie keine Angst vor dem Scheitern. Nur so kommen wir wirklich voran. Im Namen eines Teils unserer Fraktion bitte ich Sie also: Stimmen Sie dem Auftrag Koch zu.

Atanes: Un'amministrazione più efficiente, vicina al cittadino, è sinonimo di uno Stato nel quale i cittadini e le cittadine ripongono più facilmente la loro fiducia. La spinta digitale presente tra gli obiettivi di legislatura attesta chiaramente la volontà del Governo di andare in questa direzione. I servizi che vengono offerti nei canali digitali dall'economia privata ma anche dallo Stato sono entrati nella nostra vita quotidiana. Rinunciare ad essi anche solo per poco, a torto o a ragione, è diventato quasi impensabile. Ce ne rendiamo conto quando ad esempio la rete internet non funziona, anche solo per qualche ora. Sostengo quindi con convinzione le richieste del Governo, in particolare per le risorse finanziarie e

di personale che il Cantone intende investire. Investire, non spendere, perché si tratta di un investimento. Se il Cantone si può permettere una riduzione dell'aliquota fiscale del 5% può e deve permettersi anche questi investimenti per incentivare l'attrattività dei Grigioni come luogo dove lavorare e vivere. Le restrizioni dovute alla pandemia ci hanno insegnato diverse cose: una di queste è che in molti casi è possibile garantire il servizio pubblico alla cittadinanza anche lavorando da casa, senza che la qualità dei servizi ne soffra. Lavorare da remoto è ormai una realtà. Grazie a soluzioni digitali da questa sessione è possibile seguire comodamente da casa la traduzione simultanea dei nostri dibattiti. Chi lo avrebbe detto, anche fino a pochi anni fa? La strategia per la digitalizzazione presentata dal Governo presenta la creazione di un apposito servizio specializzato che si occupi dell'implementazione della trasformazione digitale. Come la strategia del Governo osserva giustamente, questa trasformazione comporta anche un cambiamento culturale per quanto riguarda il modo di lavorare. Per questo nuovo servizio specializzato non mi aspetto un altro ufficio cantonale che lavori unicamente in uno dei tanti edifici amministrativi qui a Coira. Mi immagino invece l'inizio di una sinergia digitale che comprenda tutto il territorio del Cantone, quindi anche le zone periferiche come il Grigioni italiano. Chi più di questi nuovi funzionari sarà predestinato a lavorare anche o spesso da remoto? Nella mia regione linguistica il fatto di dover superare le distanze ha fatto di necessità virtù. Nel Grigioni italiano sono per esempio attivi ben quattro giornali online: il Moesano, la Bregaglia, il Grigionitaliano e il Bernina, quest'ultimo attivo da quasi 20 anni, cioè da quando ancora pochi parlavano di digitalizzazione. Fatte queste premesse, auspico che i bandi di concorso per i collaboratori di questo nuovo servizio specializzato prevedano la possibilità di lavorare da remoto per buona parte del tempo. È un'ottima opportunità di crescita per tutte le regioni del Cantone e per avvicinare l'amministrazione a tutta la popolazione. Chiaramente sono per l'entrata in materia, grazie.

Standespräsident Caluori: Gibt es noch weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Wenn nicht, dann gebe ich das Wort Regierungsrat Bühler. Sie haben das Wort.

Regierungsrat Bühler: Also vorweg und bevor ich ins Votum einsteige, ich bin eigentlich begeistert, auf welcher Anspruchsebene wir diskutieren, und ich danke Ihnen allen dafür, auch wenn ich selbstverständlich nicht mit allen einig bin, was dann die Details betrifft. Wir beraten heute den Rahmenverpflichtungskredit für die Umsetzung der Strategie digitale Verwaltung Graubünden 2024 bis 2028 und somit darüber, wie rasch und wie konsequent wir künftig neu verfügbare Technologien, die Digitalisierung nutzen wollen. Wir entscheiden, wie wir den sich rasch entwickelnden Erwartungen der Einwohnerinnen und Einwohner und der Wirtschaft in unserem Kanton gerecht werden. Und wie schon gesagt, hier im Rat herrscht Einigkeit: Die Digitalisierung ist eine Notwendigkeit, auch in der Verwaltung. Es stellt sich also nicht die Frage, ob wir digitalisieren und automatisieren, sondern nur, wie rasch und wie konsequent

und wie effektiv wir es tun. Sie beraten heute über einen wichtigen und auch aus meiner Sicht unumgänglichen Schritt, und wir tun es in Varianten. Neue Technologien bringen immer Veränderungen, Ängste und Herausforderungen mit sich, das haben wir jetzt weniger gehört in diesem ersten Teil der Debatte, aber auch Chancen, Vorteile und neue Möglichkeiten.

Es lohnt sich meiner Meinung nach auch der Blick in die Vergangenheit. Vor über 100 Jahren drehte sich in Graubünden die Diskussion zwar nicht um die Digitalisierung, aber um eine ebenso weitreichende Technologie, um das Automobil. Es gab damals viele Skeptiker, mehr als hier im Rat. Darunter verständlicherweise alle jene, die ihren Verdienst über den traditionellen Transport mit Pferd und Wagen erwirtschafteten, darunter, und das fand ich spannend, als ich in die Geschichtsbücher schaute, aber auch der Kanton selber, denn er hatte die Aktienmehrheit an der RhB übernommen und im Strassenverkehr fürchtete er eine Konkurrenz zum Zugverkehr. Das Automobilverbot wurde 1900 auf dem Kantonsgebiet erlassen. Danach folgten zehn Abstimmungen. In anderen Kantonen waren Autos schon gang und gäbe, und wenn diese an der Bündner Kantonsgrenze ankamen, mussten die Automobilisten den Motor ausschalten und sich ein oder mehrere Pferde vorspannen lassen. Erst, als die zwangsweise Aufhebung des Automobilverbots durch den Bund drohte, stimmte 1925, also vor fast 100 Jahren, eine knappe Mehrheit der damals ausschliesslich Bündner für die Aufhebung des Verbots. Als letzter Kanton der Schweiz und trotz der Tatsache, dass der Tourismus und damit die Mobilität schon damals wichtig für Graubünden waren, geschah dies so. Jetzt, wieso erzähle ich Ihnen diese alte Geschichte und wieso in diesem Kontext, sind wir uns doch einig, dass wir gemeinsam den Blick anders ausgerichtet haben? Aber eben trotzdem, weil ich Parallelen zur heutigen Situation sehe.

Wir befinden uns im Zeitalter der digitalen Transformation, welche nahezu alle Aspekte unseres Lebens und unserer Gesellschaft durchdringt. Dieser Wandel hat erhebliche Auswirkungen auf unsere Kommunikation, Geschäftsmodelle, Bildung und das soziale Miteinander und erfordert eine kontinuierliche Anpassung und Lernbereitschaft. Im Vergleich mit der Geschichte mit den Autos nehme ich in die heutige Zeit, und dort sehe ich die Parallelen, drei Punkte mit. Zum Ersten, und da sind wir uns ja einig: Technologien lassen sich nicht aufhalten. Wir können die Digitalisierung nicht vor uns herschieben. Wir können so tun, als wäre es nicht da, und das geschieht eben auch, als hätte sie zu viele Nachteile. Am Ende würde uns eine solche Haltung aber nicht weiterbringen, denn nützliche Technologien haben sich bisher noch immer durchgesetzt. Die Digitalisierung schafft neue Verbindungen und ist gerade für einen weiträumigen Kanton wie den unseren, besonders vorteilhaft. Der zweite Punkt, und das trifft uns eben auch und auch jetzt noch: Es ist schwierig, alte und liebgewordene Muster loszulassen. Für uns ist es skurril, wenn man Pferde vors Auto spannt, und es ist auch klar, dass wir vorwärtskommen wollen. Und dennoch müssen wir nun aufpassen. Wir müssen es schaffen, dass die Leute bereit sind, die Prozesse anzupassen, dass sie bereit sind, neu

zu denken, neu dazuzulernen, und dass spannende und neue Möglichkeiten eben anstehen. Mit diesen Ängsten müssen wir umgehen. Und da geht das Dritte drein: Das Auto hat unserer Gesellschaft in den letzten 100 Jahren Freiheit, Individualität und Vergnügen beschert. Es hat aber auch Nachteile wie Lärm, Umweltverschmutzung, Verletzte und Todesopfer mit sich gebracht. Hätten wir deswegen am Automobilverbot festgehalten? Wahrscheinlich nicht. Nur, weil wir nicht alle Aspekte der Digitalisierung gut finden, gewisse Schwierigkeiten, Vorbehalte und Ängste da sind, heisst das deshalb, das wir nicht grundsätzlich dagegen sein können. Wir müssen diese Chancen nutzen und das wollen wir auch. Das spüren wir hier drin.

Was heisst das also? Wie gehen wir es an? Es gilt, die neuen Technologien sinnvoll zu nutzen und unsere Verwaltung bedürfnisorientiert, effizient und zeitgemäss zum Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner, der Wirtschaft und der Politik zu gestalten. Etwa, indem wir schlanke, transparente und effiziente Behördenprozesse anbieten, welche für die jeweiligen Interessengruppen zeitsparend nutzbar sind. In einer Zeit, in der Unternehmen stark vom Arbeitskräftemangel betroffen sind, wird erwartet, dass die Verwaltung ihre Dienstleistungen so gestaltet, dass diese einfach und möglichst rund um die Uhr genutzt werden können. Um die Vorteile der Digitalisierung zu erschliessen, müssen wir uns aber auch den Ängsten und den Risiken annehmen. Niemand darf von den Behördenleistungen ausgeschlossen werden, auch wenn das nicht zuvorderst in der Vision steht, Grossrat Rageth. Dort steht, man will digitalisieren. So oder so, persönliche Kontakte sollen erhalten bleiben. Keine künstliche Intelligenz entscheidet über Schicksale, sondern Menschen für und mit anderen Menschen. Weiter müssen höchste Anforderungen an den Persönlichkeits- und Datenschutz erfüllt sein. Wir wollen keine gläsernen Bürger.

Mit der Strategie digitale Verwaltung Graubünden möchte die Regierung in den kommenden fünf Jahren bei der digitalen Transformation deutlich an Tempo zulegen und in die Schaffung einer zeitgemässen digitalen Verwaltung investieren. Wie in der vorliegenden Botschaft hergeleitet, gelingt uns dies aber nur, wenn die kantonale Verwaltung hierzu finanziell und personell gestärkt wird. Der geplante Stellenaufwuchs im Digitalisierungsbereich ist unerlässlich. Der derzeit geltende finanzpolitische Richtwert 6 lässt grundsätzlich nur einen maximalen Stellenzuwachs der Gesamtlohnsumme von einem Prozent zu. Er sieht aber auch explizit vor, dass der Grosse Rat für grosse Projekte Ausnahmen beschliessen kann. Es gilt zu unterstreichen, dass die Digitalisierung nicht als Sparübung zu verstehen ist, sondern als eine Notwendigkeit und als eine wichtige Investition in die Zukunft. Auch das wurde facettenreich und breit unterstrichen. Die Digitalisierung ist ausserdem erforderlich, um den mehrfach erwähnten Digitalisierungsrückstand der kantonalen Verwaltung Graubündens aufzuholen, dies jedoch ohne Menschen mit besonderen Bedürfnissen abzuhängen. Dies hat zur Folge, dass auch viele der herkömmlichen Prozesse weiterhin nutzbar bleiben müssen, Stichwort Digital First, nicht Digital Only. Das war Thema in der Oktobersession 2023. Wie

lange und wie umfassend dies der Fall sein wird, lässt sich hier und heute deshalb nicht festlegen, auch wenn diese Erwartungen im Raum stehen. Und deshalb der Auftrag, der über die KSS formuliert wurde, dass es an uns ist, an den Verantwortlichen, regelmässig und detailliert auszuweisen, wo wir stehen mit dem Projektfortschritt, welche Einsparungs- und Effizienzeffekte da sind und wie wir uns laufend anpassen können.

Ich habe es geschätzt, dass Grossrat Hohl heute eines meiner liebsten Zitate verwendet hat, nämlich: «Planung ersetzt Zufall durch Irrtum». Wir werden auch hier die Pläne laufend überarbeiten müssen, uns laufend auf neue Technologien ausrichten müssen, laufend beweglich bleiben, damit wir Schritt halten können. Aber dafür brauchen wir ein agiles Gefährt und wir brauchen kein zu grosses, das wir dann auf den engen Bündner Strassen nicht steuern können. Mit der Vision, gemeinsam und in der Vielfalt stark, auch im digitalen Raum, will die Verwaltung ihre Dienstleistungen digital und damit orts- und zeitunabhängig erbringen. Innerhalb unsers Kantons und über die Kantons Grenzen hinaus will der Kanton elektronisch besser vernetzt sein. Unser grosser Kanton mit seinen 150 Tälern und vielen peripheren Regionen wird ganz besonders davon profitieren. Wir haben 13 strategische Ziele und dazugehörige Massnahmen erarbeitet, um unsere Verwaltung für die Zukunft zu rüsten, effiziente und transparente Verwaltungsdienstleistungen für Einwohnerinnen und Einwohner, für unsere Unternehmen, für Auslandschweizerinnen und -schweizer sowie weitere Anspruchsgruppen, z. B. Ferienwohnungsbesitzende, anzubieten, und das ist ein fortlaufender Prozess. Wir wollen, dass als Erstes eine gute skalierbare Basis geschaffen wird, auf der wir in den kommenden Jahren Schritt für Schritt und so schnell wir können weiter aufbauen können. Wie erwähnt, die Digitalisierungsstrategie der Regierung ist eine Investition in die Zukunft. Ich danke der KSS für die vertieften Diskussionen. Ich danke für Ihre Bereitschaft, auf Ihre spürbare Bereitschaft, an einer modernen, bedürfnisorientierten und digitalisierten Verwaltung mitzuwirken, und somit danke ich Ihnen für Ihr Eintreten. Ich habe geschlossen.

Standespräsident Caluori: Besten Dank. Somit stelle ich fest, dass Eintreten nicht bestritten ist und somit beschlossen ist.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standespräsident Caluori: Ich schalte nun eine Mittagspause ein. Seien Sie pünktlich um 14 Uhr wieder hier. Ich freue mich, Sie in meiner Funktion als Gastropäsident in der Alphütte willkommen zu heissen. So erhalten Sie über Mittag ein wenig Abwechslung zur Politik mit feinem Essen, einem Glas Wein und viel Humor.

Schluss der Sitzung: 11.55 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Franz Sepp Caluori

Der Protokollführer: Gian-Reto Meier-Gort